Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 256

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6.90, vierteljährlich Mk. 18.60 frei Haus. Durch die Post bezogen zugleich postal. Bestellgeld.

Abend-Ausgabe

Freitag, 18. Juni

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite 1mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 6.00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 26512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Eine Verfügung besagt, daß derjenige, der wegen des Steuerabzugs vom Lohn die Gehälter vor dem 15. Juni auszahlt, sich einer Steuerhinterziehung schuldig macht.

* Japan will Kiautschau an China zurückliefern.

* In München liegen sehr beunruhigende Nachrichten über bevorstehende neue französische Gewaltmaßnahmen in der Pfalz vor.

* Die österreichischen Post- und Telegraphenbeamten haben beschlossen, vom 19. Juni an den Brief-, Paket- und Telegrammverkehr nach Ungarn zu sperren.

* Die dänische Regierung hat beschlossen, den dänischen Reichstag in einigen Tagen aufzulösen.

* Das französische Kriegsministerium gibt bekannt, daß im Kriege auf französischer Seite 1 358 872 Mann gefallen sind, darunter sind 361 854 Mann vermißt gemeldet.

Fehrenbachs Versuche zur Lösung

Kein Ende der Krise.

b. **Berlin**, 18. Juni.

Gestern in später Abendstunde verlautete, daß Präsident Fehrenbach neuerdings versucht habe, die alte Koalition der Nationalversammlung wieder zusammenzubringen. Dem muß man entgegenhalten, daß Präsident Fehrenbach die Neubildung des Kabinetts nur unter dem Vorbehalt angenommen hat, daß er die bürgerliche Mittel-Koalition zustande bringt, wie auch von Herrn Trimborn in der gestrigen Besprechung mit Heinze und Dr. Stresemann zum Ausdruck gebracht wurde, daß man von der Deutschen Volkspartei die Bereitwilligkeit zum Eintritt in eine bürgerliche Koalition wünsche. Auffällig ist, daß gestern abend beim Reichspräsidenten eine Besprechung stattfand, an der vom Zentrum Fehrenbach und Trimborn, von der Demokratie Petersen und Haußmann und von der Mehrheitssozialdemokratie Loebe und Müller teilnahmen. Heinze und Stresemann waren also nicht geladen.

Es scheint festzustehen, so schreibt der „Lok.-Anz.", daß in demokratischen Kreisen große Neigung herrscht, die alte Regierungskoalition wieder zustande zu bringen, und auch in linksstehenden Zentrumskreisen werden ähnliche Ansichten vertreten. Wie von hervorragender volksparteilicher Seite mitgeteilt wird, werde die Fraktion unter keinen Umständen einer solchen Koalition gegenüber wohlwollende Neutralität bewahren. In Kreisen der Volkspartei wird aber bezweifelt, daß noch in letzter Stunde Versuche in dieser Richtung gemacht werden. Das würde im Widerspruch stehen zu der Unterredung, die am gestrigen Vormittage zwischen Trimborn, Dr. Heinze und Dr. Stresemann stattgefunden habe. Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß in der gestrigen Besprechung bei Ebert nochmals der Versuch gemacht worden ist, die Mehrheitssozialisten zum Eintritt in ein Kabinett zu veranlassen, das von der Volkspartei also zu den Mehrheitssozialisten reichen soll. Ueber das Ergebnis der Beratung wird tiefstes Stillschweigen bewahrt.

Die politische Situation hat sich insofern im Laufe des gestrigen Tages wieder grundlegend geändert, als die demokratisch-klerikalen Kreise, die zurzeit unter Führung Trimborns stehen, wohl zu der Ansicht gekommen sind, daß ein Regieren ohne Berücksichtigung des am 6. Juni zutage getretenen Volkswillens nicht gut möglich sei, ohne daß die Demokratische Partei und das Zentrum letzten Endes selbst den Nachteil davon hätten. Es ist deshalb eine neue Fühlungnahme zur Deutschen Volkspartei hin erfolgt.

Wie weiter gemeldet wird, sind die Bemühungen Fehrenbachs, ein Kabinett aus den drei alten Koalitionsparteien zustande zu bringen, ergebnislos geblieben. Die Sozialdemokratie erklärte endgültig, daß sie sich nicht an der Regierungsbildung beteiligen würde, und daß man daher von weiteren Bemühungen um ihren Eintritt in das Kabinett absehen möchte. Die weiteren Verhandlungen beim Reichspräsidenten galten dann der Frage, wie sich die sozialdemokratische Fraktion zu einer etwaigen Regierung, die aus der Demokratischen Partei, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei bestehe, verhalten würde. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß sie dem neuen Kabinett angesichts der Verhandlungen in Spa keine Schwierigkeiten bereiten würden, daß sie sich aber natürlich alle Schritte vorbehalten müßten, wenn die Regierung eine arbeiterfeindliche Politik einschlagen würde. Ein ausdrückliches Vertrauensvotum würde die sozialdemokratische Fraktion freilich dem neuen Kabinett nicht geben können, aber sie würde andererseits nicht für ein Mißtrauensvotum stimmen. Die sämtlichen sozialdemokratischen Minister würden zurücktreten. Dagegen würden die sozialdemokratischen Staatssekretäre nur insofern aus ihren Aemtern scheiden, als es sich um sogenannte parlamentarische Staatssekretäre handele. Alle anderen würde man als Beamte ansehen und sie nicht zum Aufgeben ihrer Positionen veranlassen.

h. **Berlin**, 18. Juni.

Im Laufe des heutigen Tages, vielleicht schon in den Mittagsstunden, wird, so drahtet unser Sonderberichterstatter, die Entscheidung darüber fallen, ob Herr Fehrenbach, der sich seit gestern mittag um die Bildung der Regierung bemüht, seine Aufgabe zu einem guten Ende führen kann, oder ob auch er scheitert und seine Mission dem Reichspräsidenten Ebert zurückgeben muß. Die Mehrheitssozialisten haben den von Herrn Fehrenbach unternommenen Versuch, sie für die Koalitionsregierung zu gewinnen, abgelehnt. Ihre, bei der Ablehnung abgegebenen Erklärungen gestatte aber Herrn Fehrenbach den Schluß, daß diese Fraktion gegenüber einer Regierung der Mitte ohne Mehrheitssozialisten eine neutrale Politik befolgen würde. Sie würde also nicht unter allen Umständen auf den sofortigen Sturz der Regierung hinarbeiten. Danach hängt alles davon ab, wie die heute vormittag fortgesetzten Verhandlungen zwischen Herrn Fehrenbach und den Demokraten verlaufen werden. Die Demokraten sind bereits um 10 Uhr zu einer Fraktionssitzung zusammengetreten, die noch andauert. Die „B. Z." glaubt mitteilen zu können, daß Herr Fehrenbach nicht an eine Regierung ausschließlich aus Zentrum und Demokraten denkt, sondern die Deutsche Volkspartei in die Regierung der Mitte unbedingt einbeziehen will. Da die Deutsche Volkspartei in ihrem Programm gestern nochmals ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Regierung ausgesprochen hat und auch auf seiten der Demokraten die Absicht besteht, eine Regierung auf breiter Basis zu unterstützen, so konnte man noch annehmen, daß Fehrenbachs Bemühungen heute zu einem Erfolg führen werden. Von anderer Seite höre ich, daß die Mißerfolge, die Fehrenbach gestern erlitt, in der Zentrumsfraktion eine starke Verstimmung ausgelöst haben. In führenden Kreisen der Zentrumsfraktion glaubt man darauf zu verzichten, daß Fehrenbach und das Zentrum sich noch mehr um die Lösung der Krise bemühen sollen. Das Zentrum habe durch seine Bemühungen genügend Opfer gebracht und weitere Konzessionen seien ja aussichtslos.

Die finanziellen Nöte des Reichs

Neue Kreditansprüche

DA. **Berlin**, 17. Juni.

Die „Dena" weiß zu melden:

Die Lage unserer Reichsfinanz ist infolge der Unsicherheit in den Steuereingängen und Betriebsausfällen sowie in Anbetracht der ungeheuren, unerwartet auftretenden Mehrausgaben derart schwierig, daß es der allergrößten Anspannungen bedarf, um die formale Ordnung im Reichshaushalt aufrechtzuerhalten. Dabei treffen diese Schwierigkeiten in eine Zeitperiode, die zu einem beschleunigten Neubau des Gesamtgebiets der Reichsfinanzen nötigt. Unter solchen Umständen haben wir darauf verzichten müssen, einen für das ganze Rechnungsjahr 1920 gültigen Haushaltsplan von Anfang an aufzustellen, mußten vielmehr zunächst mit der in anderen Ländern nahezu zur Gewohnheit gewordenen Bewilligung von einem dreimonatlichen Teilstück vorliebnehmen und müssen auch für die Monate Juli, August, September eine vorläufige Regelung des Reichshaushalts zulassen. Der in der nächsten Woche zusammentretende neue Reichstag wird mit einer bezüglichen Vorlage befaßt werden. Dieser Vierteljahresanschlag wird aber, wie wir hören, zugleich beträchtliche Mehrforderungen erheischen. Dem Reichsfinanzminister sollen zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben Kredite in Höhe von 2300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, um mit ihrer Hilfe die den einzelnen Verwaltungszweigen zuzubilligenden Mehrausgaben zu decken. Außerdem wird der Kredit für die Fehlbeträge der Reichs-Eisenbahnverwaltungen sowie der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung noch stärker als bisher in Anspruch genommen werden. Für die ersten drei Monate des Etatsjahres 1920 waren bei den auf das Reich übernommenen Eisenbahnen zum Ausgleich des Defizits 2750 Millionen Mark angewiesen. Nach neueren Berechnungen würden aber für ein halbes Jahr voraussichtlich 7000 Millionen Mark erforderlich sein, so daß noch 5150 Millionen Mark bereitzustellen wären. An einmaligen außerordentlichen Ausgaben bei den Eisenbahnverwaltungen ist außerdem ein Bedarf von 150 Millionen Mark angesetzt. Ferner wird bei der Reichspost auf einen Fehlbetrag von 500 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1920 gerechnet. Für die Ausführung des Friedensvertrages, insbesondere für Wiederaufbau sowie für sonstige Aufwendungen aus Anlaß des Krieges soll der Reichsfinanzminister alsdann ermächtigt werden, 5000 Millionen Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen und, soweit sie in den Monaten Juli, August, September 1920 benötigt werden, den einzelnen Reichsverwaltungen zur Verfügung zu stellen.

Demokratisches Mosaik

Der demokratische Abgeordnete Gothein veröffentlicht in der demokratischen Provinzpresse (u. a. auch in der „Saale-Zeitung") einen Artikel, der, man kann es nicht anders nennen, einen Hymnus auf die deutsche Judenschaft bedeutet. Wir kennen Herrn Gothein als den Vorsitzenden des berüchtigten Untersuchungsausschusses, der dort den greisen Feldmarschall von Hindenburg nicht nur verhörte, sondern von oben herab schulmeisterte und ihm verbot, seine Ansicht über die Gründe des deutschen Zusammenbruches offen darzulegen, weil solche „Werturteile" vor diesem Forum nicht gestattet seien, d. h. von nationaler Seite. Die Gegenseite brauchte sich in dem Aussprechen von „Werturteilen" nicht den geringsten Zwang aufzuerlegen. Also dieser Herr Gothein stimmt nun im demokratischen Blätterwalde einen Hymnus auf die Judenschaft an, von dem man jedoch keine Notiz zu nehmen brauchte, wenn darin nicht eine Drohung enthalten wäre, die verdient, weitesten Kreisen zur Kenntnis gebracht zu werden.

*

Herr Gothein beschäftigt sich eingehend mit dem Begriff des Deutschen und schreibt: „Deutscher ist, wer sich als Deutscher fühlt, wer ein Mensch deutscher Muttersprache, deutscher Kultur ist, wer an ihr mitarbeitet, auf welchem Gebiet es auch sei." Mit demselben Recht kann man auch sagen: Chinese ist, wer sich als Chinese fühlt, wer ein Mensch chinesischer Muttersprache, chinesischer Kultur ist, an dieser mitarbeitet, auf welchem Gebiete es auch sei. Also ein Russe oder Neger, die auf diese Weise in China lebten, würden den anderen Chinesen gleich, würden eben richtige Chinesen sein. Schon aus dieser Gegenüberstellung wird die irrige Ansicht des Herrn Gothein zur Genüge erhellen.

*

Diejenigen Deutschen, welche für ein reines Deutschtum eintreten, nennt Gothein „blöde Fanatiker", und stellt danach die Behauptung auf: „Unser ganzer Osten östlich der Saale und Elbe ist kolonisiert, bewohnt von einem slawisch-deutschen Mischvolk, in dem der slawische Einschlag weit überwiegt." Danach würden also die märkischen Bauern, die pommerschen Landleute und die Bevölkerung Ostpreußens ein Mischvolk sein, „in dem der slawische Einschlag weit überwiegt." Das dürfte Herr Gothein doch selbst kaum glauben. Wenn es auch richtig ist, daß in den Gegenden östlich der Elbe einst slawische Volksstämme gesessen haben, wie die Wenden, Pommerellen, Litauer, Kassuben usw., so sind diese dem Germanentum doch nicht so fremd wie beispielsweise die asiatischen Juden, Germanen und Slawen (Wenden, Litauer, Pommerellen usw.) gehören der großen indo-germanischen Völkerfamilie an, den sog. Ariern, von denen die der semitischen Völkerfamilie angehörenden asiatischen Juden gänzlich verschieden sind. Selbst wenn es richtig wäre, daß der slawische Einschlag in der deutschen Bevölkerung östlich der Elbe überwiegt, dann würde dieser Volksteil den deutschen Stämmen in Bayern, Hessen, Oldenburg usw. doch unendlich viel näherstehen, als diese und jene der in Deutschland lebenden Angehörigen der jüdischen Rasse. Da aber im Laufe der verschiedenen Jahrhunderte zahlreiche germanische Wanderungen aus Süd- und Westdeutschland in die Gegenden östlich der Saale und Elbe stattgefunden haben, überwiegt tatsächlich der germanisch-deutsche Einschlag auch in diesen Gegenden. Das Slawentum der Wenden usw. ist in dem viel zahlreicheren Germanentum vollständig aufgegangen und hat sich nur noch an einzeln Stellen, wie auf kleinen Inseln, mit den früheren Stammeseigenschaften erhalten, z. B. im Spreewald die Wenden, in der Kaschubei die Kassuben, in Ostpreußen die Litauer. Aber auch diese kleinen slawischen Inseln haben sich der zu einer Einheit verschmolzenen germanisch-christlichen Kultur assimiliert, während das Judentum auch dort, wo es seit Jahrhunderten in deutschen Großstädten lebt, seine kulturellen Eigenheiten bewahrt hat und sich dadurch bewußt und absichtlich vom deutschen Volkstum absondert. (Wir denken hier nicht nur an die jüdischen Fast- und Feiertage.)

*

Da das Judentum in der ganzen Welt zerstreut lebt, sich aber trotzdem Jahrtausende alte Sitten und Gebräuche erhalten und einen ganz besonderen und eigenartigen Kultus geschaffen hat, auf dem zu wesentlichem Teile das außerordentlich starke jüdische Zusammengehörigkeitsgefühl beruht, fühlen sich trotz der Zerstreuung alle Juden als eine Einheit. Und das bekannte Wort, daß das Vaterland der Juden die übrigen Juden seien, ist danach nur allzu verständlich. Daraus folgt aber auch, daß der Internationalismus, der von der deutschen Judenschaft mit so heißem Bemühen gepredigt wird, in Wirklichkeit nichts anderes ist, als glühendster Nationalismus, ausgeprägtestes Nationalgefühl des Judentums, durch den sich das Einheitsbewußtsein der gesamten Judenschaft nach außen hin Ausdruck verleiht.

*

Von Interesse dürfte auch sein, was Herr Gothein über die Leistungen der Judenschaft in Deutschland ausführt, allerdings in einem andern Sinne, als Herr Gothein ihn meint. Er behauptet, die deutsche Kultur verdanke der Judenschaft „unschätzbare Bereicherung in Kunst und Wissenschaft, in Technik und Heilkunde. Aber auch wirtschaftlich verdankt Deutschland

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006182-12/fragment/page=0001

einen jüdischen Mitbürgern ein gut Teil des Wohlstandes, dessen es sich bis zum Kriege erfreute. Ihre Vertreibung würde ähnlich auf unser Wirtschaftsleben wirken, wie seinergeit die der Mauren aus Spanien." Solche Auffassung dürfte nur in sehr engen und ganz bestimmten Kreisen Zustimmung finden.

*

Den größten Wert in dem Hymnus Gothens hat aber der Teil, welcher sich mit den angeblichen Friedensbemühungen der Juden beschäftigt. Herr Gothein stellt hier gegenüber, wie von jüdischer Seite für den Frieden der Welt, und von alldeutscher Seite angeblich für den Weltkrieg gearbeitet worden ist.

„Lord Rothschild hat sich die größte Mühe gegeben, den Krieg zwischen Deutschland zu vermeiden, die deutsch-englischen Beziehungen zu freundschaftlichen zu gestalten! Die Alldeutschen aller Art, auch wenn sie diese Bezeichnung ablehnen, die Heydebrand und Westarp, die Hasse und Stresemann, etutti quanti, haben dagegen alles getan, um sie zu vergiften. Sie sind die eigentlich Schuldigen am Krieg." — „Welche unsagbare Mühe hat sich in den Vereinigten Staaten von Amerika der jüdische Botschafter in Konstantinopel, Morgenthau, hat sich Louis Brandeis, gegeben, um den Eintritt Amerikas in den Krieg zu verhüten, um Wilson zu einer für Deutschland günstigen Friedensvermittlung zu bestimmen! Unsere Militaristen und Annexionisten, die Leute, welche heute unser Parteischiff auf der Schmutzwelle des Antisemitismus hochgetrieben haben, waren es, die mit ihrer U-Boothetze das verhindert und Deutschlands Untergang heraufbeschworen haben."

Selbst wenn man von der unerhörten Lüge absieht, daß der U-Bootkrieg Amerika gegen Deutschland in den Krieg getrieben habe — Wilson hat bekanntlich im amerikanischen Senat ausdrücklich erklärt, die Vereinigten Staaten würden auch ohne den U-Bootkrieg, auf jeden Fall, in den Krieg gegen Deutschland eingegriffen haben —, spricht aus diesen Worten Gothein eine Deutschfeindlichkeit, die kaum noch überboten werden kann. Die Entente rechtfertigt den Schmachfrieden von Versailles bekanntlich mit der „deutschen Schuld" am Kriege. Wer den Friedensvertrag revidieren und mildern will, müßte deshalb vor allem immer wieder nachweisen und hervorheben, daß Deutschland keine Schuld am Ausbruch und der langen Dauer des Weltkrieges trifft. Wenn man aber, wie es Herr Gothein geschieht, die Schuld an dem Eintritt Amerikas in den Krieg und der Verlängerung desselben deutschen Volksgenossen und damit dem Deutschen Reiche zuschiebt, dann arbeitet man nicht im Interesse der Milderung der Friedensbedingungen, sondern man gibt im Gegenteil der Entente immer weiteres Material zur Bedrückung und Knebelung unseres deutschen Vaterlandes in die Hand. Aus diesem Zusammenhang versteht man auch, was Herr Gothein meint, wenn er von der Judenfrage aus auf den Friedensvertrag zu sprechen kommt. Wörtlich sagt er: „Müssen nicht die besten deutschfreundlich gesinnten Elemente des Auslandes (d. h. nach Gothein die Juden) in ihrem Bestreben, den Friedensvertrag so zu mildern, daß das deutsche Volk an den Kulturaufgaben der Welt im selben Maße wie bisher mitarbeiten kann, erlahmen! Hat es denn dann für sie noch einen Sinn, die oberschlesischen Juden vor dem Pogromland Polen zu schützen, wenn Deutschland ähnlichen Zuständen in der Judenfrage zutreiben sollte?"

Mit diesen beiden Sätzen hat Herr Gothein doch nichts mehr und nicht weniger gesagt, als daß die amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Juden nur dann in den genannten Staaten für eine Milderung des Friedensvertrages einsetzen würden, wenn in Deutschland jeder Antisemitismus aufhört, d. h., wenn das deutsche Volk ein- für allemal darauf verzichtet, von Deutschen regiert zu werden, und zu deutschem National- und Volksbewußtsein erzogen zu werden. Aus diesen beiden Sätzen Gothens geht aber auch hervor, daß die ausländischen Juden nur deshalb für ein Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland eintreten wollen, um „die oberschlesischen Juden vor dem Pogromland Polen zu schützen," nicht etwa, um die deutschen Bewohner Oberschlesiens dem Reiche zu erhalten und diesem mit ihnen und den dortigen Industrieschätzen den Wiederaufstieg zu erleichtern! Nun versteht man auch, wo Herr Gothein hin will, wenn er erklärt, „der deutsche Jude ist noch mehr Deutscher, als der polnisch redende Oberschlesier, weil auch seine Muttersprache deutsch ist. Und bei der Abstimmung gibt er seinen Zettel für das Verbleiben bei Deutschland ab." Wenn also die deutschvölkische Bewegung noch weiter um sich greifen sollte, dann würden die in Oberschlesien lebenden Juden ihren Zettel nicht für das Verbleiben bei Deutschland abgeben. Das deutsche Volk sollte Herrn Gothein für diese Offenherzigkeit dankbar sein.

*

Zum Schluß noch etwas, das erkennen läßt, daß auch Herr Gothein seine jüdischen Volksgenossen, und seien darunter auch noch so große Schufale, über die Deutschen stellt. Er kann zwar „nicht leugnen," daß die „politische Betätigung mancher Juden" an der antisemitischen Welle eine gewisse Schuld trägt, wobei er an die Münchener Revolution und Republik der Eisner, Levin, Mühsam und so weiter denkt. Sein jüdischer Rassenstolz aber bricht trotzdem hier in die Worte aus: „Sind nicht schließlich die jüdischen Kommunisten Münchens meist ungleich sympathischere Erscheinungen, als die viehisch-rohen „arischen" Münchener Mordgesellen!"

Ein solches „Werturteil" allerdings ist in Deutschland überall erlaubt.

Die polnische Schmach

Verhaftung des Geschäftsführers der Deutschen Arbeitsgemeinschaft.

b. **Marienwerder**, 17. Juni.

Dr. v. Holtum, der Geschäftsführer der Zentrale für Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien im westpreußischen Abstimmungsgebiet, ist in der Nacht zum 17. in Neustadt im polnischen Korridor aus dem Schlafwagen herausverhaftet worden. Irgendwelche Gründe für diesen unerhörten Uebergriff der polnischen Behörden sind nicht bekannt. Deutlich aber ist zu erkennen, daß die Polen mit der Verhaftung Dr. von Holtums die Abwicklung der deutschen Vorbereitungen zur Wahl erschweren wollten. Die Verträge, die die Sicherheit des Passierens durch den Korridor garantieren sollen, sind für sie nur da, um gebrochen zu werden. Der neueste Fall ist das Dollsie, was sich polnische Unbekümmertheit bisher geleistet hat. Was gedenkt man in Berlin zu diesem Völkerrechtsbruch zu tun? Irgendwelche Papiere hat Dr. von Holtum, der stets eine sehr ruhige Haltung im Abstimmungskampf bewahrte, nicht bei sich.

da. **Danzig**, 16. Juni.

Wie der „Dziennik Gdanski" erklärt, soll in der Zeit vom 14. bis 26. Juni die Abstempelung bzw. die Einwechslung der im polnischen Staat noch im Umlauf befindlichen Kronenbanknoten stattfinden. Diese Maßnahme würde wiederum mit dem Schließen der Grenze und des Warenverkehrs, sowie jeden Verkehrs mit dem Auslande verbunden sein. Die Verantwortung für diese Meldung überläßt das Danziger Polenblatt seiner Quelle. Bei der Danziger Eisenbahndirektion wisse man noch nichts davon.

Hochspannung in der Pfalz

Neue französische Gewaltakte befürchtet

b. **München**, 17. Juni.

Halbamtlich wird gemeldet: Die Lage in der Pfalz droht zu einer Katastrophe auszuwachsen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die französische Besatzungsbehörde die jüngst vollzogene Verhaftung sozialistischer Arbeiterführer zu einer Machtprobe ausnützen will. In Ludwigshafen sind Truppenverstärkungen eingetroffen. Stärkere Patrouillen mit Maschinengewehren durchziehen die Stadt. Harmlose Passanten werden auf ihre Ausweise geprüft. Bekanntmachungen verlangen die Ablieferung versteckter Waffen, die Verhängung des Belagerungszustandes über die Pfalz wird befürchtet. Am Freitag, den 18. d. Mts., mittags 12 Uhr erwartet die Arbeiterschaft der Pfalz Antwort auf ihren Protest wegen der Verhaftung, dann wird es sich zeigen, ob in der Pfalz der französische Militarismus neue, vielleicht blutige Triumphe feiert, wie seinergeit im Ludwigshafener Postamt, oder ob doch noch Vernunft und Menschlichkeit den Sieg davontragen

Ein neuer Uebergriff im Saargebiet

da. **Saarbrücken**, 17. Juni.

Der französische Leiter des neu errichteten Oberbergamtes Saarbrücken kündigte den vier deutschen höheren Bergewerksbeamten und übertrug die Bergpolizei den Obersteigern unter Verdoppelung der deutschen Gehaltssätze. Beide Bergbauverbände protestierten bei der Saarregierung dieserhalb bisher vergeblich. — Die Sätze der mit Wirksamkeit vom 1. Juli beschlossenen Frankenentlohnung sind für den Saarbergbau folgendermaßen gestaffelt: Hauer erhalten 20, sonstige Untertagearbeiter 18, Schichtlöhner 18% und Jugendliche 14 Franken. Trotz der nunmehrigen Auszahlung der Löhne in Frankenwährung, die ja nur dank dem Zusammengehen der sozialdemokratischen Arbeiterverbände mit der französischen Grubenverwaltung beschlossen werden konnte, und gegen die die christlichen Gewerkschaften mit aller Energie protestiert haben, bedeuten die neuen Lohnsätze für die Bergarbeiterschaft keine Verbesserung, wohl aber eine Verschlechterung, weil jetzt die Lebensmittelzuschüsse wegfallen.

Japan gibt Kiautschou zurück

w. **Tokio**, 17. Juni.

Japan hat am 14. Juni an China eine Note gerichtet, in der es betont, es wünsche Verhandlungen über die Rückgabe von Kiautschou einzuleiten. Japan sei zur Rückgabe dieses Gebiets bereit. Die Note erinnert daran, daß China vor dem Versailler Frieden in die Uebertragung von Schantung an Japan eingewilligt habe.

Die Freude der Japaner an dem Deutschland geraubten Gebiet scheint also recht zweifelhaft gewesen zu sein.

Volksbegehren und Volksentscheid in Preußen

b. **Berlin**, 18. Juni.

Der Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung beriet gestern eingehend die Fragen des Volksbegehrens und Volksentscheids und setzte zur Formulierung der Beschlüsse einen fünfgliedrigen Unterausschuß ein. Grundsätzlich wurde der Beschluß gefaßt, den Volksentscheid auf Ersuchen von ein Zwanzigstel der Wähler herbeizuführen. Bei Gelegenheit eines demokratischen Antrages, die Unabhängigkeit der Richter auch in der preußischen Verfassung noch ausdrücklich festzulegen, entschloß sich der Rechtsschutz dahin, die Gegenstände, die in der Reichsverfassung bereits endgültig erledigt sind, in der preußischen Verfassung nicht noch einmal zu berühren.

Die Beratungen wurden dann abgebrochen; man will zunächst in eine Generaldebatte über eine einzige zweite Kammer (Ständerat) und die Staatsspitze (Staatspräsident) eintreten.

Frei ist die deutsche Luft für — England

da. **London**, 15. Juni.

Das englische Luftministerium teilt mit, daß, da der Friede mit Deutschland in Kraft getreten ist, englische Luftfahrzeuge volle Freiheit haben, auf deutschem Gebiete und deutschen Hoheitsgewässern zu fliegen und zu landen, und daß alle den deutschen Verkehr offenen Flugplätze in Deutschland englischen Luftfahrzeugen unter denselben Bedingungen wie den deutschen offen stehen. Diese Anordnung bleibt in Kraft bis zum 1. Januar 1923, wenn nicht Deutschland vorher zum Völkerbunde zugelassen worden ist oder die Genehmigung erhalten hat, dem Luftabkommen beizutreten. Deutschen Luftfahrzeugen ist es dagegen verwehrt, das Gebiet der vertragschließenden Parteien zu überfliegen.

Verproviantiert Euch für den bevorstehenden Generalstreik!

In Berlin wird ein Flugblatt Nr. 1 der „Sozialistischen Macht" verbreitet. In dem anscheinend von syndikalistischer Seite ausgehenden Flugblatt werden die Arbeiter aufgefordert, Ruhe zu halten und sich nicht provozieren zu lassen. Die „Mordbanden" der Regierung seien machtlos den unbewaffneten Proletariern gegenüber, wenn diese ihre furchtbarste Waffe, den Generalstreik, anwenden.

„Keine Macht der Erde — heißt es im Flugblatt — kann Euch zur Arbeit zwingen. Nur der Hunger könnte Euch bezwingen, sonst kein Heer der Welt. Also: verproviantiert Euch! Stapelt durch Eure Organisationen auf, was Ihr irgend an haltbaren Lebensmitteln zusammenbringen könnt. Das ist bessere „Munition" als Pulver und Blei! Verwendet von Eurem kargen Verdienst täglich einen Betrag für die Anschaffung von Lebensmitteln, und Ihr seid unüberwindlich! Heraus aus dem alten Schlendrian! Kein Blutstropfen darf fließen, wenn es nach Eurem Willen geht. Die Arbeitskraft ist Euer einziger Besitz; sie soll auch Eure einzige Waffe sein!"

Kritik des Weltkrieges

„Kritik des Weltkrieges"*) — so nennt sich ein Buch, das im Verlag von K. F. Koehler in Leipzig erschienen ist. Der Titel kann etwas kühn anmuten. Vielleicht hat sich der Verfasser deswegen nicht genannt. Er hätte es mit gutem Gewissen tun dürfen. Das Buch ist sehr gut. Der Verfasser hat vielleicht an einer Stelle gestanden, wo er die Verhältnisse übersehen hat. Geistig steht er jedenfalls auf hoher Warte. Reifes Urteil und reiches Wissen drücken sich in seinem Werke aus. Er spricht freimütig und offen, ohne zu verletzen. In der Einleitung lehnt er die Behandlung der berüchtigten Schuldfrage ab. Er überläßt eine nüchterne Beurteilung der abgeklärten Geschichtsschreibung späterer Generationen. Heute will er nur eins sagen: „Die Ursachen des unglücklichen Ausganges wurzeln in fast allen Gebieten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands. Der Staatsmann, der Diplomat, der Parlamentarier, der Bürger mit und ohne Besitz, und gewiß auch der Soldat, alle haben an ihre Brust zu schlagen."

Mit den Worten „Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung" gibt der Verfasser Zweck und Ziel seines Buches an. Aber keiner der Angeschuldigten kann reineren Gewissens eine solche Selbsterkenntnis aussprechen als der deutsche Generalstab. Er braucht nicht zu fürchten, durch freimütiges Eingeständnis eigener Irrtümer als Blender entlarvt zu werden. Das ist sein leitender Gedanke. Als zweites stellt er die Gerechtigkeit hin, die Gerechtigkeit in der Beurteilung der geistigen Spitzen des Generalstabes, besonders seines größten Erziehers und Lehrers, des Grafen Schlieffen. Schließlich will er einen praktischen Zweck bieten, indem er dem gefesselt am Boden liegenden deutschen Volke die Anregung gibt, das geistige Erbe seiner großen militärischen Vergangenheit zu wahren und fruchtbar zu machen. Da der Generalstab der Angst der Feinde hat weichen müssen, so geht das Vermächtnis eines Clausewitz, Moltke, Schlieffen an das deutsche Volk, vor allem an seine Jugend über.

In vier Teilen behandelt der Verfasser den Einfluß des Generalstabes auf das Heer und die Kriegführung. Da dessen Beziehungen zu dem gesamten Staats- und Wirtschaftswesen dabei betrachtet werden, so entsteht keine einseitige Schilderung des Generalstabes und seines Wirkens, sondern ein Werk, das den allgemeinen Interessen gerecht wird und daher eine allgemeine Beachtung in hohem Maße verdient. Nicht alles Gebotene wird unwidersprochen bleiben. Der Verfasser erwartet Widerspruch und erklärt sich von vornherein für jede Belehrung dankbar.

Die vier Teile enthalten die Aufgaben des Generalstabes im Frieden und im Kriege, die Schaffung und Erhaltung der Kampfkraft des Heeres, die Vorbereitung der Kampfhandlung und die Leitung der Operationen. Ich verzichte auf die Vorführung vieler Einzelheiten. Sie würden den geschlossenen Eindruck des Ganzen nur unterbrechen, ohne ein Bild von der Fülle der Gedanken zu geben. Der Verfasser hat nicht nur über viele ernste Fragen seines Berufes scharf und gründlich nachgedacht, sondern sich auch ein reiches Wissen auf anderen Gebieten angeeignet, die sonst dem Soldaten ferner liegen. So setzt er wirtschaftliche, kultur-, staatsgeschichtliche, sozialpolitische, technische und psychologische Fragen mit den Aufgaben des Generalstabes in Beziehung. Er hebt freimütig hervor, wo der Mangel an Kenntnissen auf diesen Gebieten und an ihrer Berücksichtigung zu Unterlassungen, Irrungen und Fehlern geführt hat. Dabei ruft er den Grafen Schlieffen als Zeugen an, der in seinem umfassenden Geiste weit in die Zukunft geblickt hat. Wie die Generation vor 1870 in den Krieg gezogen ist, so ist das folgende Geschlecht von den Erscheinungen des französischen Krieges im Weltkriege beeinflußt gewesen. Sogar Spuren des Zeitalters Friedrichs des Großen hatten sich noch erhalten. Die geistigen Spitzen des Generalstabes spricht er frei von dieser Befangenheit. Er führt sie auf den Konservativismus im Heere zurück, dessen gute und nachteilige Seiten er kennzeichnet. Dagegen gibt er offen zu, daß auch diese Spitzen die Bedeutung der unter den Offizieren wenig beliebten Technik nicht immer berücksichtigt haben. Aus den sehr drastischen Urteilen des Grafen Schlieffen, die er mehrfach anführt, kann übrigens ein falscher Schluß gezogen werden, wenn man nicht die ganze Persönlichkeit des Grafen gekannt hat. Er urteilte nach dem Ablauf der Ereignisse und kannte die Zusammenhänge. Er schob das geschichtlich bekannt Gewordene, bisweilen vielleicht etwas gewaltsam, in ein grelles Licht. Seine oft sarkastische Ausdrucksweise in Wort und Schrift vermehrte den Eindruck; damit wollte er als eindringlicher Lehrer wirken. Auch dem einfachen Verstande sollten seine Lehren mit allen Mitteln eingehämmert werden. Der Verfasser kreist dabei nur kurz, daß mancher der gerügten Fehler durch die Ungewißheit und Unsicherheit im Kriege entstanden sein könne. Das wird aber von allen Kritikern zu wenig beachtet. Der alte Moltke dachte anders darüber. Auch die Fehler aus menschlichen Schwächen zieht der Verfasser an das Licht. Vertuschen und Beschönigen sind deren schlimmste, aber trotzdem recht häufige in jedem Kriege. Die dunkelste Seite, das Sinken der Manneszucht, stellt er im Gegensatz zu dem Verhalten des Feindes, der sie mit der Länge des Krieges immer schärfer bondhafte. Der Heeresleitung gibt er keine Schuld. Da sie aber unumschränkte Herrscherin an der Front war und mit Recht keine andere Gewalten neben sich duldete, so mußte sie auch alle Verantwortung tragen. Die Mittel waren vorhanden. Die Todesstrafe ist sehr selten verhängt. Ein Beispiel dafür, daß Vorgesetzte sich Gehorsam durch Waffengebrauch erzwingen hätten, ist mir nicht bekannt geworden. Papierne Bestimmungen helfen dabei nicht.

Den breitesten Raum nehmen in dem Buche die Operationen ein. Solange die Kriegsakten nicht die Zusammenhänge aufdecken, ist ein sicheres Urteil nicht möglich. Bis dahin besteht die Gefahr der Legendenbildung wie in allen Kriegen.

In seinem Schlußwort stellt der Verfasser noch einmal die Leistung des Generalstabes und des Heeres kurz zusammen. Sie waren groß, aber vergeblich, weil das deutsche Volk durch fremde und eigene Einflüsse vergiftet war. Durch den Friedensvertrag könnte es befreit sein. Aus ihm spricht die Angst der Feinde. Aber nichts ist ewig in der Geschichte. Das Rad dreht sich. Die Gedanken können nicht in Fesseln geschlagen werden. In ihren lebt das Vermächtnis von Deutschlands herrlichem Heere als Mahnung, das Erbe der Väter zu erwerben, um es zu besitzen. So klingt das Buch aus.

Es verdient gelesen und beherzigt zu werden, nicht nur von alten und jungen Soldaten, nicht nur im Heere, sondern vom deutschen Volke. Dem Soldaten kann es eines der besten Lehrbücher sein und zum Ersatz der unterdrückten höheren Bildungsanstalten, der Kriegsakademie und des Generalstabes, in reichem Maße beitragen.

b. **Stein**, General der Artillerie und Kriegsminister a. D.

*) Kritik des Weltkrieges. Das Erbe Moltkes und Schlieffens im großen Kriege. Von einem Generalstäbler. Leipzig 1920. K. F. Koehler, Verlag. Mit 12 Karten. Preis geheftet 20 Mk., in Halblederband 80 Mk.

— **Hochschulnachrichten.** Wie wir hören, hat der Ordinarius der Mathematik an der Universität Bonn Prof. Dr. Hans Hahn einen Ruf nach Wien erhalten. Dr. Hahn, ein geborener Wiener, erhielt 1905 die venia legendi an der Wiener Universität, war 1909—1916 a. o. Professor an der Universität Czernowitz und kam dann in gleicher Eigenschaft nach Bonn, wo er 1917 zum ordentlichen Professor ernannt wurde. Seine Arbeiten betreffen größtenteils die Variationsrechnung, Mengenlehre, Theorie der reellen Funktionen. — Wie wir hören, steht die Ernennung des Privatdozenten für deutsche Volkswirtschaft und Sozialgeschichte an der Universität Berlin Professor Dr. Robert Hoeniger zum ordentlichen Honorarprofessor daselbst bevor. Dr. Hoeniger, der zugleich dem Lehrkörper der Handelshochschule Berlin als Dozent angehört, ist ein geborener Schlesier (geb. 1855 zu Ratibor). Lange Jahre war Hoeniger Geschichtslehrer an der Kriegsakademie. Er ist Mitbegründer der 1914 begründeten Gesellschaft für Erforschung des Deutschtums im Auslande. — Wie verlautet, hat der Mathematiker Professor Dr. Paul Koebe in Jena den Ruf an die Universität Köln abgelehnt.

— **Schwere Erkrankung Hermann Bahrs.** Nach einer aus Weißenburg in Wien eingetroffenen Meldung ist der Dichter Hermann Bahr schwer erkrankt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006182-12/fragment/page=0002

Prozeß Scheidemann-Sonnenfeld

Zu dem Prozeß, dessen Urteil wir bereits bekanntgaben, ist noch folgendes nachzutragen:

Bei der Vernehmung des Zeugen Fritz Henk, Schwiegersohnes Scheidemanns, kommt es wiederholt zu recht erregt-dramatischen Szenen.

Nach mehrfachen Fragen des Vorsitzenden und des Justizrates Dr. Werthauer erklärte Zeuge Wolff nochmals, daß allerdings die Möglichkeit bestehe, daß Henk geäußert habe, sein Schwiegervater habe ihm erzählt, daß auf den Kopf Liebknechts eine Belohnung ausgesetzt worden sei.

Zeuge Ernst Sonnenfeld: Er habe seinerzeit die Kassenverwaltung im Regiment „Reichstag" gehabt. Henk sei eines Tages in das Kassenlokal gekommen und habe ihm gesagt, er bekomme den Auftrag, daß je 50 000 Mark an den auszuzahlen seien, der Liebknecht oder die Luxemburg tot in den Reichstag bringe. Den Auftrag habe Henk von sich aus überbracht. Von Scheidemann sei dabei nicht die Rede gewesen, der Zeuge hat aber das Gefühl gehabt, daß der Auftrag auf diesen zurückzuführen sein dürfte. Er habe sich wegen des ihm von Henk gegebenen Auftrags an Georg Sklarz gewandt. Auf seine Aufforderung ging er mit ihm in ein Zimmer, Sklarz habe in einem anderen Zimmer, anscheinend nach der Reichskanzlei telephoniert, und dann sei er mit dem Bescheid zurückgekommen: Es stimmt! Eines Tages sei ein Auto nach dem Zellengefängnis beordert worden, um Frau Luxemburg totzuschlagen. Die Fahrt ging auf Anordnung Henks von statten. Im Zellengefängnis habe das Kommando nach der Rosa Luxemburg gesucht, sie sei aber nicht dagewesen. Zeuge Henk widerspricht dieser Darstellung in jeder Beziehung.

Auf einen Vorhalt des Justizrats Dr. Werthauer erklärt Zeuge Sonnenfeld noch: Heinrich Sklarz sei verschiedene Male bei ihm in Holland gewesen und habe ihm gesagt: er solle doch den Mund halten, es werde ihm nichts passieren.

Zeuge Henk wird vereidigt, ebenso die übrigen Zeugen, mit Ausnahme von Ernst Sonnenfeld.

Der Vorsitzende verliest das Protokoll über die kommissarische Vernehmung Scheidemanns. Diese geht dahin: „Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, jemals weder direkt noch indirekt einen Preis für die Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgesetzt zu haben. Den Angeklagten kenne ich meines Wissens persönlich überhaupt nicht. Wie er zu seiner Aeußerung kommt, ist mir unverständlich." Im weiteren hat der Nebenkläger bekundet: Als Hauptinspirator der Verleumdungsflut über ihn sehe er den Angeklagten an. Er lege Wert darauf, in der Oeffentlichkeit festzustellen, daß er in der kritischen Zeit um keines Menschen Leben mehr gebangt habe als um das Leben der beiden Genannten im Januar 1918.

Zeuge Heinrich Sklarz wird auf Antrag des Justizrats Dr. Werthauer vernommen und schildert einen von ihm und seinem Bruder als Erpressungsversuch aufgefaßten Besuch des Zeugen Siegfried Jacoby in seiner Wohnung.

Staatsanwalt Gerlach wies in einem längeren Plädoyer darauf hin, daß von dem Angeklagten gar nicht der Versuch unternommen worden sei, den Wahrheitsbeweis dafür, daß Scheidemann einen Kopfpreis gestiftet, anzutreten. Da der Angeklagte in der Presse ebenfalls sehr scharf angegriffen worden sei, empfehle es sich, von einer Freiheitsstreife Abstand zu nehmen und auf die Höchststrafe von 600 Mk. zu erkennen.

Hierauf folgen längere Ausführungen der Rechtsanwälte. Justizrat Dr. Werthauer führt u. a. aus: Sonnenfeld habe gar keinen Wahrheitsbeweis erbracht, nicht einmal in Nebenpunkten, dieser Beweis sei kläglich gescheitert. Die Beleidigung sei eine ungeheuer schwere und eine Bestrafung zu 600 Mk. würde ganz unverständlich sein.

R.-A. Grünspach verwies auf die ungeheure Pressekampagne, die gegen Sonnenfeld inszeniert worden sei, und betonte, daß der Angeklagte durchaus in der Abwehr gegen diese Angriffe gehandelt habe. Ihm stehe auch der Schutz der § 193 St.G.B. zur Seite.

In seinen etwas schwülstigen Schlußworten erklärt der Angeklagte u. a.: Scheidemann ist der Mann, der auch in den intimsten Kreisen seiner Parteigenossen als das verschleierte Bild von Sais gelte. Er habe es entschleiert.

Eine Partei, die weiß, was sie will

Wie vollkommen zielklar und instinktsicher die Demokratie in der gegenwärtigen Regierungskrise dagestanden hat, ergibt sich aus folgender niedlichen Gegenüberstellung, die wir aus der Wiener „Neuen Freien Presse" entnehmen. Deren Korrespondent hatte jüngst hervorragende demokratische Abgeordnete nach ihrer Meinung über die Lösungsmöglichkeiten der Krise gefragt. Nummer eins sagte folgendes:

„**Eine Fortsetzung der bisherigen Koalition war der einzig mögliche Ausweg gewesen. Man hätte ein Uebergangsministerium bilden und dieses** Ministerium hätte erklären können, daß es die Regierung nur aus vaterländischem Pflichtgefühl übernehme, um über die Schwierigkeiten der nächsten Zeit hinwegzuhelfen, und daß es im Herbst das Volk von neuem befragt werden soll. Nachdem die Sozialdemokratie die bisherige Koalition unmöglich gemacht hat, bleibt meiner Ansicht nach für die Demokratische Partei nur übrig, sich außerhalb jeder Regierungskoalition zu halten und die Verantwortung für das, was zu geschehen hat, den Rechtsparteien zu überlassen.

Nummer zwei aber war vom konträren Gegenteil überzeugt:

Daß er nunmehr als einzigen Ausweg die Bildung einer Regierung aus Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokratischer Partei ansehe und daß er der Ansicht sei, die Demokratische Partei werde sich der Pflicht, an einer solchen Kombination teilzunehmen, nicht entziehen können. Sie werde in dieser Kombination das Zünglein an der Wage bilden und könne dadurch einen starken Einfluß auf die Politik einer solchen Regierung üben.

Der Korrespondent des Wiener Blattes quittiert über diese Gegensätzlichkeit der Meinungen in ein und derselben Partei mit einem Schütteln des Kopfes. Inzwischen wird ihm die Demokratische Partei belehrt haben, daß es da gar nicht den Kopf zu schütteln gibt, denn sie ist mit Erfolg daran gegangen, beide „einzige Auswege" zu beschreiten und aus der „Verbindung von Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokratischer Partei" eine „Fortsetzung der bisherigen Koalition" zu machen. „Nur aus vaterländischem Pflichtgefühl" natürlich. Sie hat damit gezeigt, wie man das Hexeneinmaleins auf die Parteipolitik anwendet.

Die Aufnahme Hardings bei der amerikanischen Presse

da. Newyork, 16. Juni.

Die Nomination des Senators Harding zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten beschäftigt die amerikanische Presse noch immer in ausgiebigen Kommentaren. Während der „Sun and New York Herald" rückhaltslos die Wahl Hardings begrüßt, kommentieren „New York Times" und „New York World" das Votum der Chikagoer Konvention sehr abfällig. So schreibt beispielsweise die „New York Times": „Hardings Nomination wird von der republikanischen Partei mit Erstaunen und Bestürzung aufgenommen werden." Er sei ein Politiker zweiten Ranges und keineswegs für eine Führerstellung qualifiziert." „New York World" meint: angesichts der gewichtigen Probleme, die dem künftigen Präsidenten zu lösen obliege, hätte man kaum eine klägliche Wahl treffen können. Die Demokraten freilich sind von Hardings Wahl geradezu entzückt. Sie versprechen sich davon eine wesentliche Besserung ihrer Wahlaussichten. In diesem Sinne haben sich z. B. Wilsons Sekretär Tumulty und der Staatssekretär Colby ausgesprochen.

Eine angenehme Gegend

Aus Schwanenwerder, der lieblichen Havelinsel, schreibt man der „Wilmersdorfer Zeitung" unter der Spitzmarke „Das Schieberheim auf Schwanenwerder" folgendes:

„In Ihrer Nummer vom 8. Mai erwähnen Sie die Tatsache, daß Parvus-Helphand, das würdige Gegenstück zu Herrn Sklarz, zurzeit auf Schwanenwerder residiert, wo er die Villa Sobernheim, den entzückendsten Besitz der Insel, erworben hat und wo allwöchentlich eine intime Tafelrunde stattfindet, an der auch die Großen der Republik teilnehmen. Diese Angaben sind leider richtig. Das Treiben, das sich dort zum Entsetzen der Anwohner entfaltet, ist geradezu empörend. Da vielfach die Meinung vorherrscht, unsere regierenden „Staatsmänner" hätten sich nach den kompromittierenden Enthüllungen über die Tätigkeit des Herrn Parvus von diesem zurückgezogen, interessiert es Sie vielleicht, daß am letzten Sonntag in Villa Sobernheim wieder ein großer Tag war, an dem neben Herrn Scheidemann auch Herr Hänisch und Herr Ebert zugegen waren und wobei man interessante Studien darüber anstellen konnte, welche Sorgen diesen würdigen Vertretern der Republik die politische Krise bereitet, die unser Vaterland zurzeit durchmacht. Natürlich wurde auch der übliche Badescherz aufgeführt. Herr Hänisch sprang sogar aus Freude über das schöne Fest im Gesellschaftsanzug, wie er ging und stand, ins Wasser."

Nach manchem, was man von unseren führenden Revolutionsmännern gehört hat, dürfte diese Schilderung nicht unzutreffend sein. Jene Männer, die z. B. auf der Flucht vor dem „Kapp-Putsch" unterwegs in aller Eile und unter dem Eindruck der Ereignisse erhebliche Zechen machten, werden hier in Ruhe die Genüsse des Lebens auch wohl nicht ablehnen. Daß sie sich von der gegenwärtigen Krise darin stören lassen sollten, ist nicht anzunehmen.

Die Sowjetregierung wankt

b. Kopenhagen, 17. Juni.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß die Räteregierung Brussilow gefangen gesetzt habe, angeblich weil der von ihm versuchte Uebergang über die Beresina mißglückt sei und kolossale Opfer an Truppen verursacht habe. Wenn sich die Nachricht von der Verhaftung bestätigt, dürfte man es wohl eher mit einer Abwehraktion gegen Brussilows zunehmende Volkstümlichkeit und die sich damit steigernde Gefahr einer Gegenrevolution zu tun habe.

Die großen Brände in Petersburg und Moskau nehmen immer mehr überhand. Der Lebensmittelmangel treibt unaufhörlich einer Katastrophe zu.

Die Moskauer „Prawda", das Hauptorgan der Bolschewisten, schreibt anläßlich einer Kundgebung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre gegen die Sowjetregierung in den Fabriken und Betrieben folgendes: „Diese Sozialverräter haben eine Erklärung abgegeben, daß sie gegen die Polen ziehen wollen. Jetzt führen diese Schufte einen Kampf gegen die Arbeiter, indem sie die letzteren zum Streik aufhetzen. Tschernow erlaubt sich, offen aufzutreten, und die gelben (!) Buchdrucker unterstützen ihn. Dem muß ein Ende gesetzt werden." — Diese bolschewistische Aeußerung ist die beste Illustration zu den Behauptungen der Bolschewisten, daß sich die russische Arbeiterschaft mit ihrer Herrschaft ausgesöhnt habe.

w. Kopenhagen 17. Juni.

„Berlingske Tidende" meldet aus Helsingfors, daß die letzten bolschewistischen Meldungen die frühere Blättermeldung von der Verhaftung Brussilows nicht bestätigen, es wird aber angedeutet, daß zwischen der Sowjetregierung und dem Oberkommando tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Trotzki zeigt den Offizieren größeres Entgegenkommen und gestattet ihnen die zaristischen Auszeichnungen zu tragen. Die Offiziere haben wieder uneingeschränkte Kommandogewalt.

Die Bolschewisten in Persien

Amsterdam, 17. Juni.

Die „Times" melden aus Teheran: Der Rote revolutionäre Ausschuß von Persien meldet in einer Proklamation die Ausrufung der Räterepublik in Rescht. Die persischen Bolschewisten haben in Telegrammen an die amerikanische und die französische Gesandtschaft die Errichtung eines Roten Ausschusses und die Abschaffung der Monarchie bekanntgegeben und gegen die fortdauernde Anwesenheit der englischen Truppen in Persien protestiert. Der Ausschuß beschloß ferner, alle zwischen der englischen und der persischen Regierung geschlossenen Abkommen für nichtig zu erklären.

w. Konstantinopel, 17. Juni.

Die nationalistischen Streitkräfte rücken in den Küstengegenden des Marmara- und des Schwarzen Meeres immer weiter vor. Es scheint, daß die Inseln des Marmarameeres von den Anhängern Kemals besetzt worden sind. Der Metropolit von Merefte drahtete, daß die Ortschaften in Flammen stehen. Ein an der Küste vorbeifahrender türkischer Dampfer erhielt einige Gewehrschüsse. Nachrichten aus Zonguldak besagen, daß die Stadt Heraklea wegen Bedrohung durch nationalistische Banden Hilfe bei den französischen Truppen, die mit der Ueberwachung der Bergwerke betraut sind, verlangte. Eine Kompagnie ist nach Heraklea entsandt worden.

w. Paris, 17. Juni.

Aus einer Meldung des „Temps" geht hervor, daß die Türken bei Bozanti 10 französische Offiziere und ungefähr 350 Soldaten gefangen genommen haben. Man hält das hier für einen Verstoß gegen den mit Mustapha Kemal Pascha in Angore abgeschlossenen Waffenstillstand.

Der neue Landrat von Saarbrücken. Zum Landrat von Saarbrücken wählte der Kreistag mit großer Mehrheit den bisherigen Ottweiler Landrat Vogeler. Man erinnert sich, daß die französische Militärbehörde seinerzeit den Saarbrücker Landrat von Halfern, jetzt Geheimer Oberfinanzrat in Berlin, kurzerhand auswies, als er ihr unbequem zu werden anfing.

Neue Schweizer Gesandtschaften. Der Nationalrat beschloß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Errichtung von drei neuen Gesandtschaften in Brüssel, Stockholm und Warschau.

Provinz Sachsen

Die Wasserkatastrophe in der Grube „Concordia"

Nachterstedt, 17. Juni.

Der Wassereinbruch auf der Grube „Concordia" hat sich nicht so bedrohlich gestaltet, wie es zuerst schien. Wie uns von der Grubenverwaltung mitgeteilt wird, kann zurzeit die Förderung auf einem Schacht noch aufrechterhalten werden; von der Mitte der nächsten Woche ab wird ein weiterer Schacht wieder in Betrieb genommen werden können. So können mit Ausnahme der Brikettfabrik 2 und der Naßpresse sämtliche Nebenbetriebe aufrechterhalten werden. Auch die lebenswichtigen Betriebe aus dem Abnehmerkreise können in beschränktem Umfange weiter beliefert werden. Nach dem Einbau neuer Pumpen hofft man, bald an die Aufräumungsarbeiten in den augenblicklich ersoffenen unterirdischen Räumen gehen zu können.

*

d. **Halberstadt**, 18. Juni. (**Deputatzucker darf nicht frei gehandelt werden.**) In unserer Gegend mit ihren vielen Zuckerfabriken herrscht vielfach die Meinung vor, daß der Deputatzucker, den die Arbeiter teils als Lohn erhalten, frei gehandelt werden kann. Viele Zuckerfabriken haben aus den schlimmen Folgen, die sich hieraus ergeben (es ist Diebstahl und Hehlerei Tür und Tor geöffnet), den Deputatzucker bereits abgeschafft. In der Egelner Gegend wird er noch verabfolgt. Und da in diesen Fabriken teils ganze Familien arbeiten, kommt es vor, daß eine Familie nicht weniger als einen ganzen Zentner Zucker die Woche erhält. Vorschrift des Gesetzes ist, daß Deputatzucker nur im eigenen Haushalt verbraucht wird. In der Praxis aber wird er meist vertauscht oder zu hohen Preisen (Zucker kostet im Harz im Schleichhandel bis 15 Mark das Pfund) verkauft. Mit der Ansicht, daß Deputatzucker frei gehandelt werden könnte, räumte das hiesige Wuchergericht in seiner gestrigen Sitzung endgültig auf. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß Deputatzucker kein Gegenstand des Handels sein dürfte und verurteilte eine Konditorfrau Gesekus aus Egeln, die solchen Zucker angekauft hatte, wegen Erwerbes von Zucker ohne Marken zu einer empfindlichen Geldstrafe.

d. **Aschersleben, 18. Juni.** (**Eine gefährliche Wohnungseinbrecherbande**) ist jetzt auf längere Zeit unschädlich gemacht worden. Nachgewiesen werden konnte ihr ein Einbruch beim Rechtsanwalt Dr. Müller, wo schwere Silberbestecks im Werte von 16 000 Mk., und beim Goldschmied Hartung, wo Gold- und Silberwaren im Werte von 60 000 Mk. gestohlen worden waren. Ferner kamen auf das Konto der Bande noch mehrere kleinere Einbrüche. Die Strafkammer I des Landgerichts Halberstadt verurteilte den Führer, Elektromonteur Wilhelm Schmidt aus Halle, zu 3½, den Arbeiter Erich Billert zu 2½, den Arbeiter Wilhelm Stock zu 2 Jahren Zuchthaus und den jugendlichen Robert Bornkamp zu 1½ Jahren Gefängnis.

tzk. **Erfurt**, 17. Juni. (**Fremdenwohnungssteuer.**) Der Magistrat wird der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf Einführung einer Fremdenwohnungssteuer zur Genehmigung vorlegen. Der Ertrag, der auf mindestens 100 000 Mark jährlich geschätzt wird, soll ausschließlich zur Verzinsung und zum Abbau des jetzt 18 Millionen Mark betragenden Wohnungsbaukontos verwendet werden.

— **Torgau**, 18. Juni. (**Auch eine Folge der Märzunruhen.**) In den Tagen des Generalstreiks im März hatte der Aktionsausschuß in Hoyerswerda von der Eisenbahn die Stellung eines Sonderzuges erzwungen, um 1000 Arbeiter nach Kottbus zum Schutze der Republik zu befördern. Jetzt hat das Verkehrsamt Torgau den beiden Leitern des Aktionsausschusses, einem Parteisekretär und einem Lehrer, für den Zug eine Rechnung über 4428 Mk. zugestellt.

— **Klötze**, 18. Juni. (**Mietsteuer.**) Um der Wohnungsnot zu steuern, beschloß die Stadtverordnetenversammlung die Erhebung einer Mietsteuer. Danach darf jeder Haushalt außer Küche und Kammer nur soviel Zimmer besitzen, als Personen zu ihm zählen. Das erste überschießende Zimmer ist frei. Für ein weiteres überschießendes Zimmer sind pro Jahr zu zahlen 24 Mk., für zwei 120, für drei 360, für vier 900, für fünf 1800, für sechs 3600, für sieben 6000, für jedes weitere Zimmer 2400 Mark mehr.

tzk. **Rudolstadt**, 17. Juni. (**In den Ausstand getreten**) sind die hiesigen Maurer und Zimmerleute, nachdem ihre Forderung auf Zahlung eines Stundenlohnes von 5,50 Mk. von den Arbeitgebern abgelehnt worden war. Wie die „Rudolstädter Ztg." schreibt, waren die Arbeitgeber bereit, 4,20 Mk. Stundenlohn zu zahlen, das ist ein Mehr von 50 Pfg. gegenüber dem bisherigen Stundenlohn. Auch die Bauarbeiter haben sich dem Ausstand angeschlossen. Weiter sind gestern die Transportarbeiter in den Ausstand getreten, weil die Arbeitgeber den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 1. Juni d. J. nicht anerkennen und den Tarif für erloschen erklärt haben.

sk. **Leipzig**, 17. Juni. (**Die Taten eines reisenden Hoteldiebespaares.**) Auf Veranlassung eines Möbelhändlers wurde der Handlungsgehilfe Paul Wodach festgenommen, der Teppiche und anderes zum Kauf angeboten hatte. Der Händler hatte sofort richtig erkannt, daß die Sachen zweifellos gestohlen waren. Wodach wohnte in Leipzig in einem Hotel, woselbst die Kriminalpolizei seine Geliebte, die stellenlose Verkäuferin Julie Schmidtke, festnahm, die, wie sich später ergab, Hand in Hand mit Wodach Hoteldiebstähle verübt hatte. Die umfangreichen Erörterungen ergaben, daß das Pärchen nicht nur hier, sondern auch in Halle, Magdeburg, Hannover, Mühlhausen (Thür.), Bernburg, Darmstadt, Zerbst, Mittweida, wahrscheinlich aber in noch einer großen Anzahl anderer Städte Mitteldeutschlands, u. a. in Zeitz, Gera, Riesa, Wurzen und anderen Orten Metalldiebstähle ausgeführt und die erbeuteten Sachen meist in Leipzig und Frankfurt (Main) zu Gelde gemacht hat.

Das Kleid als Fallschirm. Der seltene Umstand, daß jemand vom vierten Stock sich herabstürzt und fast unverletzt davonkommt, ereignete sich vor kurzem in Berlin. In einem Anfall von Geistesgestörtheit sprang dort eine Frau von ihrer im vierten Stock belegnen Wohnung in den Hof. Beim Sturz blähten sich die Kleider gleich einem Fallschirm, und die Frau landete mit einer leichten Gehirnerschütterung.

Dünger aus Munition. Die britische Regierung hat den Rest ihrer noch in Frankreich befindlichen Munitionsbestände an ein englisch-französisches Konsortium verkauft. Die Gesellschaft, die für das gesamte Material 2 Millionen Pfund zahlt, wird das in den Explosivstoffen enthaltene Ammonium-Nitrat als Düngemittel verwenden und die Metallteile einschmelzen lassen.

Schieber-Silber. In Mainz wurde in einer Vorstadt ein Auto angehalten, in dem 43 Silberbarren im Gewicht von 10 Zentnern gefunden wurden. Die Insassen wurden verhaftet und die Barren beschlagnahmt.

Revolution im Nonnenkloster. Auch in das Kloster der barmherzigen Schwestern zu Prag ist die Welle des Umsturzes hineingeflutet. Die Ordensschwestern verlangen Aufhebung der strengen Ordensregeln, Verbesserung der Kost und mehr Freiheit. Sollte ihren Forderungen nicht entsprochen werden, so wollen sie demnächst im Klostergarten eine Volksversammlung einberufen, in der ihre Forderungen zur öffentlichen Aussprache gebracht werden. Es wurde ein Schwesternrat gebildet, der den Standpunkt der Schwestern gegenüber dem Erzbischof vertreten soll.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei. Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006182-12/fragment/page=0003

Fahrkarten-Verkauf ohne Preisaufschlag nach allen Stationen. **Reise-Gepäck-Versicherung** durch **Lloyd-Reisebüro L. Schönlicht,** Bankgesch., Poststr. (Stadt Hamburg)
Vertreter des Norddeutschen Lloyd und des Mitteleuropäischen Reisebüros

Grammophone und Gramola, beste trichterlose Sprech-Apparate mit natürlicher Wiedergabe ohne störendes Nebengeräusch! **Musik-Instrumente,** wie Mund- und Ziehharmonikas, Zithern, Mandolinen, Geigen, Lauten und Gitarren.
Grösstes Lager der Provinz.
Gustav Uhlig, unt. Leipzigerstr.

Reichs-Rentner-Verband, Ortsgruppe Halle
Am Dienstag, 22. Juni, nachm. ½4 Uhr im Saale des Restaurants „St. Nicolaus“
Generalversammlung.
Hierzu sind auch alle Rentner und Rentnerinnen, die bisher noch nicht Mitglieder sind, herzl. willkommen.

Kirchenkonzert
z. Besten d. Kirchbaues in St. Ulrich-Ost
Mittwoch, den 30. Juni 1920, 7 Uhr in der Ulrichskirche.
Mitwirkende: Frau **Haupt** (Sopran), Herr **Schaaf** (Tenor), Herr Konzertmstr. **Seibl** (Geige), Herr **Schröter** (Orgel), Doppelquartett, Kirchenchor St. Ulrich-Ost: Herr **Fiedler.**
Eintrittskarten bei Helmbold & Co., Leipziger Str. 104, Puppendick, Rannischestraße 10, Fritzsche, Delitzscher Str. 74, Frl. Passig, Grimmstr. 4. Altarraum: 3 M., Mittelschiff: 2 M., Seitenschiff, Empore: 1 M.

Saalschloßbrauerei Donnerstag, 24. Juni
von nachmittags 3½ Uhr an
Johannesfest
zum Besten lungenkranker Kriegerwaisen.
Mitwirkende:
Alfr. Kase, Kammersänger, Leipzig
Biene Schneider-Dessau (Tänze)
Männergesangverein Halle 1911
Philharmonisches Orchester
Leitung: Kapellmeister **Georg Bohne.**
Nachm. Kinderfest (allerlei Kinderbelustigungen).
Karten 4 Mk., Kinder u. Kindermädchen 2 Mk. bei H. Hothan und in d. Geschäftsst. d. Hall. Ztg.
Näheres durch Plakate.

Hohenzollern-Hof
(Grand-Hotel) Magdeburger Straße 65.
Jeden Sonnabend und Dienstag
Tanz-Abend.
Damen nur in Toilette.

Zippendorf b. Schwerin-Meckl. Herrlichste Lage am Schweriner See.
:: Kurhaus und Strandhotel ::
Häuser ersten Ranges. Vorzügl. Verpflegung.
Telephon 1006 u. 1012. Besitzer: Fr. Schwarz.

Typen-Flachdrucker
liefert in **einer** Stunde bis 1000 orig. getypte Schreibmaschinen-Briefe.
Außerdem empfehle
Vervielfältig.-Apparate
für Hand- und Maschinenschrift.
Aug. Weddy,
Leipziger Straße 22.

Reine Stärke
Kein Ersatz — Tragantine
(unter Kontrolle d. Teka)
offeriert grössere Mengen zur sofortigen Lieferung
Max Rosenbaum, Breslau, Hölchenstr. 32.

Verreist vom 21. 6.
bis Mitte Juli.
Sanitätsrat **Dr. Grävinghoff.**

Die Zahl derer, die uns anläßlich des Hinscheidens unseres teuren Entschlafenen durch Karten ihre Anteilnahme ausdrückten, seinen Sarg in so überreichem Maße mit Blumen schmückten und ihm das letzte Geleit zur Ruhe gaben, ist so groß, daß es uns nur möglich ist, auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Besonderen Dank sagen wir den Körperschaften sowie Herrn Pastor Knoblauch für seine trostreichen Worte. Es ist uns eine Beruhigung, in so schwerer Stunde soviel Freunde gehabt zu haben, die unsere Lage und unsern Schmerz verstehen.
Im Namen der tiefgebeugten Familie
Ida Stoye geb. **Schäfer.**
Teicha, den 16. Juni 1920.

Wir haben für unsere geschätzten **Abonnenten** eine
Karte von Mitteleuropa
mit den neuen Gebietsgrenzen
herstellen lassen, welche die in den Friedensbedingungen festgelegten Grenzen klar und deutlich veranschaulicht. Die Karte ist nach neuestem Material bearbeitet und auf tadellosem Papier in Vielfarbendruck sorgfältig ausgeführt. Sie enthält auch die wichtigsten Eisenbahn-Verbindungen und eignet sich infolge ihrer geographischen und politischen Uebersichtlichkeit **zum täglichen Gebrauch für Jedermann.** Nur durch aussergewöhnlich hohe Auflagen ist es möglich, die Karte zu dem billigen Preise von
== nur 3 Mark ==
an die Abonnenten abzugeben.
Den **Bestellschein** bitten wir **auszuschneiden** und der Geschäftsstelle der **„Halleschen Zeitung“** einzusenden.

Bestellschein.
Hiermit bestelle ich unter Nachnahme ——— Exemplare der
Karte von Mitteleuropa
zum Vorzugspreise von 3 Mark für ein Exemplar frei ins Haus. Auswärts 35 Pfg. mehr.

Genaue Adresse.

Rheumatiker, Gichtiker
sollten unbedingt
Lauchstädter Brunnen
trinken!
Für diese Leiden kann der Lauchstädter Brunnen nicht warm genug empfohlen werden. Er hat schon vielen Tausenden die denkbar besten Dienste geleistet und die erhoffte Heilung u. Genesung gebracht.
Naturgemässe Haustrinkkur.
Seit 200 Jahren ärztl. erprobt u. verordnet.
Machen Sie einen Versuch.
Lauchstädter Brunnen ist in allen einschlägigen Geschäften zu kaufen. Man hüte sich vor Nachahmungen und **verlange nur den echten „Lauchstädter Brunnen“.**
Haupt-Niederlage in Halle:
Helmbold & Comp.,
Drogen- und Mineralbrunnenhandlung.
Leipziger Str. 104. Fernspr. 6094.
Lieferungen erfolgen frei Haus.

Achtung! Achtung!
Schweineschmalz, verschied. erster Marken **p. Kilo Mk. 30.**
Versand erfolgt ab Mainz in Postkollis unter Nachnahme, lieferbar gegen Mk. 100,— pro Zentner Garantie-Anzahlung bei Auftragserteilung.
Ferner: **Franz. u. amerik. Schokoladen,** sowie **ff. Seifen** in großen Posten vorrätig.
Reflektanten wollen unter Beifügung von 40 Pfg Rückporto jeweils Tagesofferte einholen.
Rendel & Müller,
Frankfurt a. M.-Süd, Oppenheimerstraße 7.
Drahtanschrift: Rendelmüller, Frankfurt a. M., Tel. Römer 4544.

Die Zahnpflege nach zahnärztl. Vorschrift:
Zahnpulver Zahnpasta Nr. 23 nur echt mit Namenszug Zahnarzt **P. Bahr.**
Blendend weiße, schöne, gesunde Zähne!
In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Sanatorium Hochstein
Ober-Schreiberhau (im Riesengebirge)
Leitende Aerzte: Dr. Winter, Dr. Hartmann.

Ganze Namen oder Vornamen läßt z. Zeichnen v. Wäsche usw. weben (rote Schrift auf weiß. Bande)
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

Bei Schlaflosigkeit
nervöser Ueberreiztheit durch Berufsarbeit, nervösem Herzklopfen, nervösen Kopfschmerzen, Neurasthenie, Epilepsie, Neuralgie nehme man **Draesels Brombaldrianelixier.** Flasche Mk. **7.50.** Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 428.

Apollo-Theater
Tägl. abds. 8 Uhr
„Die Erbtante“
Posse i. 3 Akt. v. H. Treller.
Gastspiel von
Fritz Thurm-Silvare.
In den Hauptrollen:
Paul Beckers und **Fritz Thurm-Silvare**

Stadttheater
Sonnabend, 19. Juni, Anfang 7½, Ende 10:
Der Zigeunerbaron.
Sonntag nachmittag: **Vor Sonnenaufgang.**
Abends: **Lohengrin.**

Preisskaten
19. 6. im „Hansa-Hotel“ a. Riebeckplatz u. Apollo 3u. 7 Uhr. Pr. 100, 90, 80, 70.

Angebot:
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Reichhaltigste Auswahl!
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Seidene
Damen-Blusen
kauft man preiswert bei
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstraße 84.

Tapeten
in großer Auswahl.
Walter Sommer,
Leipzigerstr. 32. Tel. 3362

Seife
prima Waschseife (reine Fettseife) deutsch. Fabrikat, daher frei verkäuflich, liefert in Postkistchen von netto 8 Pfund Inhalt das Pfund zu **Mk. 5,70** franco Nachnahme ohne Berechnung der Verpackung
A. Reichenbach,
Cöln, Lütticherstr. 33.

Hosenträger von 1 Mk. bis 20 Mk.
Sehr große Auswahl
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Nessel Ia.
für
Blusen, Vitragen usw.
empfiehlt
Max Albert,
Prinzenstr. 18.

Haltbare, gute
Schuhsenkel
empfiehlt H. Schnee Nchf.
Gr. Steinstrasse 84.

Wratzke & Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.
Juwelen — Gold — Silber.

Wir suchen zu kaufen:
Landhäuser, Etagenhäuser, Villen, Pensionen, Hotels und Geschäftshäuser.
Eilangebote erbitten
A. Thieme & Co., Spandau,
Neuendorferstraße 86.

Frei Haus und ohne Bezugsschein
liefern wir
Brennholz
Buche oder Kiefer, gesägt oder auch ofenfertig, in bekannten Qualitäten, jedes Quantum von 5 Ztr. an.
Sachse & Müller,
Fernruf 6059. Hordorferstraße 1.

Achtung!
Außerordentlich günstige Kaufgelegenheit.
Protos-Phaeton.
6 Zylinder, 27/56 PS., Dynamo-Beleuchtung, rassig. Wagen mit neuer Karosserie, eingebautem Verdeck, Rindlederpolsterung, gut. Bereifung u. all. Zubehör.
6 Stück Progress-Landaulette.
4 Zylinder, 10/24 PS, beste Friedensarbeit, nur kurze Zeit 1914 gefahr., seitdem gestanden, vollkommen neu hergerichtet, selt. Gelegenheit auch für Fuhrgeschäfte. Sofort lieferbar.
Ernst Kroll, Potsdam,
Berliner Straße 19. Fernsprecher 280.

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung“ vornehmen zu wollen.

Maschinen-Stich- und Preß-Torf
sowie
Stubben
(Kiefern, Buchen und Eichen)
liefert waggon- und kahnweise
Richard Ernst,
Berlin W. 57, Bülowstraße 43.
Tel.: Amt Kollendorf 2191.

Spedition
nach dem In- und Ausland
Lagerhäuser
20000 qm mit Gleisanschluß an 7 Bahnhöfen
Robert Haberling-Berlin W. 9

Versteigerung von Hofgestütspferden
in Allstedt, S.-W.
Es werden am 17. August, vorm. 9 Uhr im Gestütshofe zu Allstedt bei Sangerhausen eine größere Anzahl Gestütspferde, bestehend aus Zuchtstuten sowie jüngeren Hengst- und Stutfohlen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert. Bedingungen werden bekanntgegeben. Besichtigung vor der Versteigerung gestattet. Fahrgelegenheit ab Oberröblingen a. d. Helme. Auskunft erteilt: Oberamtm. Wiegand, Weimar, Lottastr. 5; Veterinärrat Walther, Weimar.

60

Lämmer
(meist Zibbenlämmer)
stehen preiswert zum Verkauf.
Berthold Cotte,
Halle a. S., Delitzscherstraße 6
(Viehrampe). Fernspr. 6705.

Luzerne-, Klee- u. Wiesenheu
offeriere in Ladungen preiswert.
Hugo Held, Corbetha, Bahnhof

Wiesenheu
dieser Ernte, von allerbesten Wiesen, nur in Waggonladungen liefert preiswert ab Verlade-Station
Fa. Hermann Gernhardt, Dorndorf
bei Dornburg a. Saale.
Fernruf: Amt Dornburg Nr. 3.

Große Malzfabrik
übernimmt
Trocknungsarbeiten jeglicher Art
auch bietet dieselbe ihre für alle Zwecke geeigneten großen Lagerräume an. Anfragen bitten wir unter Z. 2917 an die Geschäftsstelle dieser Ztg. zu richten.

Für Gemeinden, Behörden, Viehversicherungsvereine usw. empfehlen wir unser **Formular-Lager** und **Geschäftsbücher-Fabrik.**
Otto Thiele, Halle-Saale
Verlag der Halleschen Zeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006182-12/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 18. Juni.

Sommerfeste

Wenn die ersten Kirschen auf den Märkten rot in den Bäumen strahlen, geht die Zeit der Sommerfeste an. Sie haben unstreitbar für viele einen bitteren Geschmack, der aus der Vorkriegszeit geblieben ist. Damals gab es wohl genau so viele Vereine wie heute, aber die engen geldlichen Verhältnisse, die uns heute in Genügsamkeit einspannen, kannte man noch nicht. Und so war denn der Ehrgeiz jeden Vereins, das Sommerfest so schön und großartig zu gestalten, wie man es noch nie erlebt habe. Allsonntäglich und auch in der Woche feierte man darum im Sommer und wir haben alle noch die Bilder in Erinnerung, die diese Feste uns zeigten. Man kann nicht sagen, daß damals ein weiser Geschmack waltete. Es ist traurig: nirgendwo hat sich der Kitsch so breit gemacht wie da, wo es Massen zu befriedigen galt. Bei den Verlosungsgegenständen und Kinderbelustigungen ging es an und die Geschmacklosigkeit hörte erst auf, wenn in den greulich bemalten „Papierlampions" die Lichter verlöschten. Man war harmlos . . .

Und man ist harmlos geblieben. Wenigstens in den Aeußerlichkeiten. Der Grundzug unserer Feste, auch jener lauschigen, die in den dunkelblauen Schatten der buschigen Gartengänge die Pärchen Sommernachtsträume erleben, ist der ganzen glorreichen Revolutionszeit entsprechend, so frei und offen, daß der Bedenkliche nur den Kopf schütteln kann.

Moralpredigten?! Nein! Das ist doch zu verstehen: daß in der Höhe der sommerlichen Luft die Menschen sich dort sammeln, wo unter dem Sonnenglast eines schönen Tages Musik und Leben Feste feiern. Gerade wir in Halle haben dazu Gelegenheit in schönen Gärten und Unternehmer sind rege an der Arbeit, um die notwendige Ausspannung den müden, überarbeiteten Großstädtern zu gewähren. Und es kann so schön sein, im Kreise der Freunde einmal an einem sonnigen Tage der Sorgen zu vergessen, wenn die Töne eines weichen Walzers unser Blut schwingen lassen und wenn abends im Saale die Rhythmen im Tanze sich lösen. Den Kindern sind diese Tage oft auch ein großes Erleben. Auf der Spielwiese tollen sie unter der Leitung der „Tante" und freuen sich an harmlosen Freuden und lustigen Späßen.

Aber was man für diese Feste wünscht, ist: mehr Stil! Mehr wahre Freude und mehr echte Kunst. Wir sollen ernstlich heraus aus dem seichten Genießen der Schablone: Konzert, Würfelbude, Tanz, Abendgang, Papierlampions! Wir sollen endlich einmal den Mut haben, auch diese harmlosen Freuden zu vertiefen, damit nicht nur ein schaler, fader Geschmack und — heute! — ein empfindliches Loch im Geldbeutel zurückbleiben, sondern daß man gern an den sommerlichen Festtag zurückdenkt, der unter Bäumen gefeiert wurde. Und da scheint auf diesem Wege ein Fest Bedeutung zu haben, das man in der nächsten Woche in der „Saalschloßbrauerei" feiern will. Die Anpreisung sei dem Anzeigenteil überlassen. Man verstehe recht: ein Sommerfest, bei dem Alfred Kase aus Leipzig die „Meistersinger" singt, und bei dem Biene Schneider, die Rhythmische, auf der Wiese Tänze schöpft, auf dem weiter Georg Bohnes Taktstock Chöre dirigieren wird — alles schon dagewesen? Ja, aber es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir es jetzt doppelt bitter nötig haben, aus reiner Kunst Freude zu schöpfen und unsere Sommerfeste zu strahlenden Tagen in dem armen Leben eines Versailler Vertrages zu machen.

**

Zu den Vorgängen im Kreistage

Schreibt uns der Landrat des Saalkreises Herr Adolf Thiele:

Die Vorkommnisse auf den letzten beiden Kreistagen des Saalkreises geben nach Form und Zweck der Oeffentlichkeit ein Anrecht, über die Verhältnisse näher unterrichtet zu werden, zumal das „Volksblatt" in seiner Nummer vom Mittwoch über den letzten Kreistag Betrachtungen anstellt und zu Schlüssen gelangt, die wieder einmal eine Rekordleistung in der Verschiebung der Tatsachen vorstellen.

Der vorletzte Kreistag war beschlußunfähig geworden, weil die Unabhängigen sich entfernt hatten, als die Beratung des Haushaltvoranschlages begann. Als es zur ersten Abstimmung kam, mußte ich die Beschlußunfähigkeit feststellen und demzufolge die Sitzung schließen. Auf die Tagesordnung des letzten Kreistages hatte ich nur die Beratung des Haushalts gesetzt und bei der Einladung auf § 24 der Kreisordnung verwiesen, nach welchem zur Beschlußfähigkeit des Kreistages nicht mehr die Anwesenheit der größeren Hälfte der Mitglieder erforderlich ist, wenn der Kreistag „zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand berufen" worden ist. Der Wortführer der Unabhängigen, Herr Driebusch, behauptete nun, der ganze Kreistag sei gesetzlich unzulässig, weil ich nicht die gesamte Tagesordnung des vorigen Kreistages wieder zur Verhandlung gestellt hätte. Aber die Kreisordnung enthält weder im Text noch in irgendeinem der Kommentare auch nur die leiseste Andeutung, daß das zu geschehen habe. Sie beauftragt den Landrat nur, die Tagesordnung festzusetzen und gewährt den Mitgliedern das Recht, noch anderweite Gegenstände zur Beratung stellen zu lassen. Von diesem Rechte haben die Unabhängigen zwar das vorletzte Mal, nicht aber diesmal Gebrauch gemacht. Sie hatten nämlich beantragt, die Einrichtung der vom Oberpräsidenten aufgelösten Arbeiterräte am Landratsamte weiter bestehen zu lassen und alle amtlichen Bekanntmachungen nur im „Volksblatte" gegen Bezahlung zu veröffentlichen. Ich wiederhole, daß für mich nicht die mindeste Verpflichtung bestand, auch diese beiden Anträge wieder auf die Tagesordnung zu setzen, daß das aber von den Unabhängigen beantragt werden konnte und daß sie von diesem Rechte keinen Gebrauch gemacht haben. Herr Driebusch mußte auch zugeben, daß meine Auffassung, die von Herrn v. Zakrzewski und vom Kreissyndikus Dr. Hauswaldt geteilt wurde, richtig sein könne, trotzdem begründete er dann mit der ihm eigenen Selbstsicherheit die Ablehnung des Haushalts wieder mit der vermeintlichen „Ungesetzlichkeit" des Kreistages.

Schon diese Skizzierung der Entwicklung des Konfliktes läßt klar erkennen, daß die sachlichen Differenzen nur künstlich konstruiert sind, um den wirklichen Grund zu verschleiern. Dieser wirkliche Grund des Verhaltens ist die offenbare Absicht, mich durch wüste Anpöbelungen zum Rücktritt zu bewegen bzw. meine endgültige Ernennung zu hintertreiben. Zu diesem Zwecke sind die Herren bereits bei der Regierung in Merseburg und beim Oberpräsidenten vorstellig geworden. Ob sie Erfolg gehabt haben, werden die nächsten Tage lehren.

Für den Saalkreis kann allerdings ihr Verhalten die allerernsten finanziellen Nachteile haben; denn die nicht rechtzeitige Genehmigung des Haushalts kann den Kreis um ein wertvolles Stück, die Bewegungsfreiheit bei Erhebung der Steuern, bringen und ihn einen Teil der Staatsbeihilfe verlustig gehen lassen. Das wurde in der Kreistagssitzung eingehend dargelegt; die Unabhängigen konnten dem auch nicht widersprechen; aber ihre blinde Sucht, mich vor der Oeffentlichkeit zu diskreditieren, war stärker als ihr Pflichtgefühl, für den ihrer Obhut anvertrauten Saalkreis das Beste herauszuschlagen.

Zum dritten Male haben mir die Unabhängigen ihr Mißtrauen, diesmal sogar „wiederholt ihr allerschärfstes", ausgesprochen. Das erste Mißtrauen drückten sie mir bereits Mitte September, mehrere Tage vor meinem Amtsantritt, aus. Damals brachten sie es sogar fertig, meinem Amtsvorgänger, dessen sofortige Entfernung sie erst in mehreren Eingaben an den Minister gefordert hatten, ihre Anerkennung auszusprechen. Trotz dieses Mißtrauens auf Vorschuß haben die Herren dann mit mir ein reichliches halbes Jahr ganz gut gearbeitet, so daß mir Herr Driebusch im Januar in Gegenwart des Herrn Albrecht erklärte, wenn ihr eigener Landratskandidat nicht bestätigt würde, sei ich auch ihnen „der Geeignetste" trotz der vorgekommenen Differenzen.

Erst als ich die Weiterbezahlung der überflüssig gewordenen Arbeiterräte Ende März ablehnte, um dem Kreise jährlich 12 000 Mark zu ersparen, und als ich dem „Volksblatt" die Bezahlung der Bekanntmachungen entzog durch Herausgabe eines besonderen Amts- und Verordnungsblattes, hat sich der Zorn gegen mich bis zur Siedehitze gesteigert, und jedes Mittel ist den Herren recht, gegen mich anzurennen.

Daß Herr Driebusch sich zum Wortführer macht, ist seine Sache. Aber er dürfte doch etwas vorsichtiger sein, denn gerade er hat schon mehrmals die Sorgfalt vermissen lassen, von denen das amtliche Eingreifen getragen sein soll. Vor mehreren Wochen behauptete er, 6 Zentner Wurstwaren, aus Schwarzschlachtungen herrührend, ausfindig gemacht zu haben. Sehr bald stellte sich zweifelsfrei heraus, daß keine Schwarzschlachtung vorlag, und ich mußte die Beschlagnahme über die 3½ Zentner Wurstwaren — nicht 6 Zentner — aufheben. — Weiter behauptete Herr Driebusch unlängst, ich hätte einen Geheimbericht über ihn an den Oberpräsidenten „mit den Lieblichkeiten meiner Feder geschmückt". Das war glatt erfunden. Trotzdem hat Herr Driebusch noch keinen Widerruf geleistet. — Er hat ferner behauptet, das Amts- und Verordnungsblatt erscheine gegen einen ausdrücklichen Beschluß des Kreisausschusses. Ich habe auch hier das gerade Gegenteil festgestellt. — Herr Driebusch hat von ihm „untergeordneten Ortsgendarmen" gesprochen, während er als Amtsvorsteher wissen muß, daß keinerlei dienstliche Unterordnung zwischen den Gend.-Wachtmeistern und den Amtsvorstehern besteht. — Schließlich hat Herr Driebusch behauptet, ein Vertrauensmann auf dem Ernährungsgebiete habe einem Ortsvorsteher 600 Mk. bar auf den Tisch gelegt. Ich habe Herrn Driebusch aufgefordert, mir den Namen zu nennen. Er hat das bis heute nicht getan.

Angesichts dieser Sachlage kann ich nicht gehalten sein, den Auslassungen des Herrn Driebusch denjenigen Wert beizulegen, den er wünscht. Und wenn das „Volksblatt" seinen Bericht über den Kreistag mit den Worten schließt, die Frage laute nicht: Thiele oder Driebusch, sondern Thiele oder der Saalkreis, so kann ich nur der ersten Hälfte dieser Parole beipflichten. Die zweite Hälfte muß dagegen lauten: Steht die unsachliche persönliche Gehässigkeit höher oder das Interesse des Saalkreises?

Ad. Thiele.

Wer

die Hallesche Zeitung unterstützen und damit zur Stärkung der nationalen Presse beitragen will, der berücksichtigt bei allen seinen Bestellungen und Besorgungen in erster Linie diejenigen Firmen, welche in unserem Blatte inserieren, der benutzt auch den Inseratenteil der Halleschen Zeitung, wenn er selbst etwas zu verkaufen oder zu kaufen oder sonst etwas zu erhalten wünscht.

Vortragskalender

des Deutschnationalen Volksvereins Halle und Saalkreis.

Am Sonnabend, 19. Juni, von nachmittags 3½ bis 10 Uhr Sonnenwendfeier auf der Peißnitz für Jugendliche und Erwachsene. Konzert, Volkstänze, Spiele, Fackelzug, Feuerwerk. Da Abg. Wulle wegen dringender politischer Sitzungen verhindert ist, hält die Festrede Herr Nikolaus Schäfer-Weißenfels.

Einlaßkarten sind nur in der Geschäftsstelle zu haben. Einlaß für Wahlhelfer, Mitglieder und eingeführte Gäste frei.

Am Montag, 21. Juni, abends um 8 Uhr im „Neumarkt-Schützenhaus" außerordentliche Hauptversammlung.

Am Dienstag, 22. Juni, nachmittags um 4½ Uhr Diskussionszusammenkunft der deutschnationalen Frauen, Jentschstraße 11.

Am Donnerstag, 24. Juni, abends um 8 Uhr im „Thaliasaal" spricht bestimmt Abg. Dr. Ritter.

Am Mittwoch, 30. Juni, abends um 8 Uhr im „Thaliasaal" Schriftleiter August Abel.

Am Donnerstag, 8. Juli, abends um 8 Uhr im „Thaliasaal" Vortrag des Freiherrn Schilling von Canstadt.

Am Dienstag, 13. Juli, abends um 8 Uhr Thaliasaal: Prof. Freiherr v. Freytagh-Loringhoven.

Regelmäßige Versammlungsbesucher können in der Geschäftsstelle, Alte Promenade 10, Dauerbestellung für feste Plätze vornehmen.

Parteimitglieder, die unsere Werbeplakate in ihren Räumen (Wartezimmer, Läden, Schaufenster) aushängen wollen, werden gebeten, ihre Anschrift der Geschäftsstelle zu überreichen.

Tumultschäden

Anmeldung der Ansprüche bis zum 14. August.

Wegen der Schäden, die an beweglichem und unbeweglichem Eigentum sowie an Leib und Leben im Zusammenhange mit inneren Unruhen durch offene Gewalt oder durch ihre Abwehr unmittelbar verursacht worden sind, bestehen nach dem neuen Tumultschadengesetz vom 12. Mai 1920 Ersatzansprüche gegen das Reich in folgenden Fällen:

1. für Ansprüche aus Schäden nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes;
2. für Ansprüche aus Personenschäden seit dem 1. Nov. 1918;
3. für Ansprüche aus Vermögensschäden seit dem 1. Nov 1918, wenn auf Grund des bisherigen Tumultschadengesetzes die Anmeldefrist versäumt worden ist;
4. für Ansprüche aus Vermögensschäden seit dem 1. Nov. 1918, falls das Reichsgericht wegen enger Auslegung des Preußischen Tumultschadengesetzes eine Haftung der Gemeinden verneinen sollte.

Die Anmeldung ist in den Fällen zu 1 binnen drei Monaten nach Eintritt des Schadens, in den Fällen zu 2 bis 4 binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes, also bis zum 14. August 1920 erneut zu bewirken. Anmeldungsstelle ist der für die Entscheidung über den Anspruch zuständige Ausschuß und so lange ein solcher nicht gebildet ist, der Gemeindevorstand der Gemeinde, in deren Bezirk der Schaden verursacht worden ist

Denjenigen, welche aus den Unruhen in Halle seit Nov. 1918 Ansprüche für Personenschäden oder Sachschäden geltend zu machen oder Vermögensschäden aus jener Zeit verspätet angemeldet haben, wird daher empfohlen, nunmehr ihre Ansprüche erneut bis spätestens 14. August 1920 beim Magistrat hierselbst als dem einstweiligen Ausschuß schriftlich anzumelden.

Abstimmungsberechtigte Ost- und Westpreußen

Abfahrt der Hallenser am Sonntag.

Am 20. Juni fährt eine Anzahl Abstimmungsberechtigter unter Führung von Frau Anita Hertel, Lafontainstr. 23, in die Heimat. Abgang des Zuges um 2 Uhr mittags. Treffpunkt 1,30 Uhr vor dem Hauptbahnhofe. Die Fahrkarten sind im Büro des Norddeutschen Lloyd, Bernburger Str. 32 I, zwischen 1 bis 6 Uhr erhältlich. Nach Rückkehr werden die Preise für die Bahnfahrt vergütet. Es ist mitzubringen: Wahlschein resp. polizeilicher Ausweis aus dem Paßbüro, Dreyhauptstraße, Geburtsschein, Trauschein und dergl. Auskunft bei Frau Hertel bis früh 10 Uhr oder in der Wage im alten Rathaus. Sonnabend 2 Uhr ist Schluß der Fahrkartenabgabe.

Sonntagsruhe im Barbier- und Friseurgewerbe

Auf eine Eingabe der Gehilfen im Barbier- und Friseurgewerbe hin hat der hiesige Schlichtungsausschuß am Mittwoch einen Schiedsspruch gefällt, nach dem vom 1 Juli d. J. ab für die Gehilfen, vom 1. Oktober ab auch für die Prinzipale die völlige Sonntagsruhe eingeführt wird, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob Gehilfen und Prinzipale organisiert sind oder nicht. Sofern sich die Gehilfen bereit erklären, bis zum 1. Oktober noch Sonntagsdienst zu tun, so muß ihnen dafür ein dienstfreier Wochentag gewährt werden. Diese Bestimmung wird in größeren Betrieben zweifellos recht unliebsame Störungen im Gefolge haben. Im übrigen wird sich das Publikum an diese Verfügung, die bereits in zahlreichen Städten erlassen worden ist, gewöhnen müssen, und bei einigem guten Willen auch gewöhnen können, und für die Barbierherren wird sie, wie man vielleicht auf den ersten Blick vermuten könnte, denn auch keine einschneidende wirtschaftliche Schädigung bedeuten.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **100 Gramm Butter.** In der Woche vom 21. bis 27. Juni werden auf den Abschnitt 28 der roten Fettkarte für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Butter zum Preise von 3,10 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 28. Juni, abzuliefern.

— **Städtischer Verkauf von Bratfett in der Talamtschule am Sonnabend, den 19. Juni.** Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 2001—5000 vormittags von 8—1 Uhr. Es kann an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund zum Preise von 9 Mk. für das halbe Pfund abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Städtischer Verkauf von Trockenei** (4. Sonderverteilung) in der Talamtschule am Sonnabend, den 19. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 2001—5000 vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 50 Gramm zum Preise von 4 Mk. abgegeben. 50 Gramm Trockenei entsprechen der Güte von 5 Eiern. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Vorkondensierte Milch.** Für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre wird für die Woche vom 21. bis 27. Juni auf den Abschnitt 41 des Einkaufsscheines für Molkereierzeugnisse 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 M.. (sechs Mark) abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Die Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse sind bis spätestens Dienstag, den 29. Juni dem Stadternährungsamt, Abteilung II abzuliefern. — Auf die Milchkarten der Klasse IV wird für die Woche vom 21. bis 27. Juni gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milchkartenabschnitte 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 M. (sechs Mark) abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Gefäße sind mitzubringen. Die Milchkartenabschnitte sind zu Hunderten gebündelt in besonderem Umschlage bis spätestens Dienstag, den 29. Juni dem Stadternährungsamt, Abteilung II, einzureichen.

— **Ausgabe neuer Kartoffelmarken.** Vom Montag, den 21. bis Sonnabend, den 26. Juni werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken gegen Vorlage des Lebensmittelscheines neue Kartoffelmarken mit den Nummern 49—64 ausgegeben. Haushalte, die seit dem 1. April einen Wohnungswechsel vorgenommen haben, erhalten die Kartoffelkarten in der Ausgabestelle, in deren Gebiet sie vor dem 1. April gewohnt haben. Die neue Wohnung ist bei Empfangnahme der Kartoffelkarten (zur Berichtigung der Kontrollkarte) anzugeben. Es erhält jede im Lebensmittelschein eingetragene Person mit Ausnahme der Kinder im ersten Lebensjahre (die Alterseintragung im Lebensmittelschein ist maßgebend) eine Kartoffelkarte. Wer widerrechtlich Kartoffelkarten in Anspruch nimmt, wird gemäß § 18 der Verordnung vom 18. Juni 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die auf Grund widerrechtlich benutzter Karten bezogenen Kartoffeln können nach § 17 der genannten Verordnung jederzeit ohne Entschädigung für verfallen erklärt werden.

— **Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten** am Montag, den 21. d. M., nachmittags um 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung. 1. Einführung einer einheitlichen Monatskarte bei der Straßenbahn. 2. Eigenbetrieb der Thaliasäle. 3. Instandsetzung von Dampfleitungen auf dem Gertraudenfriedhof. 4. Nachbewilligung für Straßenausbau südlich Bergmannstrost. 5. Bauarbeiten im Museum. 6. Anfrage betr. Hetze gegen Schüler jüdischen Glaubens. 7. Anfrage betr. Einschränkung des Straßenbahnbetriebes. — Hierauf: Nichtöffentliche Sitzung.

— **Aufnahme von Kaufleuten in den Reichsbankdienst.** Die Reichsbank nimmt neuerdings auch junge Kaufleute in ihren Dienst, die nur die Reife für die Obersekunda einer höheren Lehranstalt erreicht haben, mindestens aber 3½ Jahre praktisch tätig gewesen sind. Die Aufnahmebedingungen sowie Vordrucke für die Antragstellung sind bei sämtlichen Reichsbankanstalten (in Berlin beim Zentralbüro) kostenlos zu haben.

— **Der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle** teilt uns mit, daß er ärztliche Sprechstunden für den Mittelstand eingerichtet hat. Anmeldung in der Sprechstunde der Schwestern täglich von 3—4 Uhr (Salzgrafenstr. 1). Der Verein hofft, daß diese Einrichtung recht reichlich benutzt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006182-12/fragment/page=0005
DFG

wird. Für die Mittelstandsangehörigen kommt ebenso wie für die sonstigen Pfleglinge der Fürsorgestelle in Frage: ärztliche Untersuchung und Beratung (nicht Behandlung), Beihilfen zur Durchführung von Heilanstaltskuren für Erwachsene und Kinder, sonstige Beihilfen bei Erkrankungsfällen an Tuberkulose, Wohnungsbesuche durch die Schwestern. Nach Möglichkeit ist eine Ueberweisung durch den Hausarzt mitzubringen. Als Mittelstandsangehörige in diesem Sinne werden alle Familien betrachtet, deren Ernährer Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zahlen oder solche, die diesen gleich zu erachten sind.

— **Sonder-Ausstellung Else Wieland-Schmidt** im Oberlichtsaal von Tausch & Grosse. Beim Betrachten der modern beeinflußten Kunst dieser Dresdener Künstlerin spürt man die Nähe bekannter dortiger Expressionisten, aber zugleich auch den bändigenden Ausgleich weiblichen Empfindends, das Hartes, Extremes, Herausforderndes sanft umbiegt, glättet, beruhigt. Da dies mit ausgesprochenem Geschmack und Feingefühl geschieht, so läßt man sich es gern gefallen und notiert diese Akte und Landschaften mit ihrem stumpfen, gut abgewogenen Kolorit und dem harmonisch geschwungenen Linien-Rhythmus als Zeugnisse eines anerkennenswerten Vermittlungswillens. — Im kleinen Ausstellungsraum ist eine große Kollektion von zum Teil bisher unbekannten Original-Radierungen des Leipziger Künstlers Max Brüning neu zur Ausstellung gelangt.

— **Ein Spaziergang durch Bad Neu-Ragoczy.** Am 1. Mai wurden die Pforten des altbekannten Bades wieder eröffnet und der Besucher von früheren Jahren staunt über die durchgreifenden Veränderungen, welche inzwischen vorgenommen sind. Das Kurhaus leuchtet durch den großen Park, sauber angelegte Wege führen durch den modern angelegten, durch alte Kastanien beschatteten Terrassen-Konzertgarten, in welchem regelmäßig Sonntags, Montags und Donnerstags Nachmittags-Kur-Künstler-Konzerte abgehalten werden. (Im Saal finden an diesen Tagen die beliebten Reunions statt.) — Durch die gedeckte Sommerkolonnade gehend, genießen wir den Ausblick auf das nach den Plänen des Direktors Hans Nietschmann-Salzmünde neuerbaute Brunnenhaus. Ein Besuch dieser Sehenswürdigkeiten ist besonders wegen der überraschenden Lichteffekte der in magischem Dämmer liegenden Halle zu empfehlen. An den Betriebsräumen des Brunnen-Versandes der Neu-Ragoczy-Heilwässer vorüber gelangt man über die große Wiese zur Dampfer- und Brachwitzer Fähranlegestelle. Unterhalb der Neu-Ragoczy-Berge wird an dem Bootshaus des Dölauer Ruderklubs „Saxonia" rüstig gearbeitet, damit es zur diesjährigen Ruder-Regatta fertiggestellt wird. Der Weg dem Brunnen-Versand gegenüber führt zu den übrigen Kurwohnstätten und zu dem wohl den meisten früheren Besuchern bekannten Saal. Durch den Park dem Wege folgend, gelangt man über eine malerische Schlucht, zu dem Höhenrücken der Neu-Ragoczy-Berge, auf welchem demnächst ein Luft- und Sonnenbad eröffnet wird. — Am Sonntag findet in Neu-Ragoczy ein Brunnenfest statt.

*

— **Stadttheater.** Heute, Freitag, abends um 7½ Uhr, wird Marschners Oper „Hans Heiling" gegeben. Sonnabend „Der Zigeunerbaron". Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung „Vor Sonnenaufgang". An Stelle der „Afrikanerin" geht, da ein Ersatz für die Partie des Vasco de Gama nicht zu beschaffen war, am Sonntag abend um 7 Uhr „Lohengrin" in Szene, und zwar zum letzten Male in dieser Spielzeit. Die Partie des Lohengrin singt Herr Willy Zilken vom Friedrichstheater in Dessau. Montag „Im weißen Rößl".

Vereinsnachrichten.

— **Reichs-Rentner-Verband** (Ortsgruppe Halle). Am Dienstag, den 22. d. M., nachmittags ½4 Uhr, findet im Saale des Restaurants „St. Nikolaus" Generalversammlung statt. Alle Rentner und Rentnerinnen, die nicht Mitglieder sind, sind herzlich willkommen.

„H. Z." Sportberichte

— **Favorit.** Der H. Sp.-V. Favorit bringt am kommenden Sonntag seine sämtlichen Mannschaften auf die Beine, um sodann in die Ruhepause zu gehen. Die Liga spielt am kommenden Sonnabend in Leipzig gegen den L. B. C. Die Liga-Ref. 3. und 4. Mannschaft fahren nach Merseburg, um sich mit der 1., 2. und 3. Mannschaft des F. C. Germania in friedlichem Wettkampf gegenüber zu stehen. Die 1. Jugend-Mannschaft hat die gleiche Mannschaft des V. f. B.-Leipzig zu Gaste. (Meister der Jugendklasse des Gaues Nordwest-Sachsen). Das Spiel findet vor dem Städtespiel Halle-Leipzig auf dem Kometplatze statt. Die 1. Schüler-Mannschaft spielt um 9,30 gegen Olympia-Leipzig, die 2. Schüler-Mannschaft um 8,30 gegen die 1. Schüler-Mannschaft des Turnvereins Jahn-Giebichenstein auf dem Favorit-Platz.

— **Im Deutschen Derby am 27. Juni in Hamburg-Horn** wird die Starterliste schmäler als erwartet ausfallen, da der Stall Haniel gänzlich unvertreten bleibt und das Hauptgestüt Graditz sich nur auf Herold stützen wird. Es ist mit folgenden 6 Startern zu rechnen: Frhr. S. A. v. Oppenheims Nubier (G. Janek), A. Robitscheks Pallenberg (Bleuler), Hauptgestüt Graditz Herold (Rastenberger), Stall Hegis Glimmer (M. Jentzsch), A. und C. v. Weinbergs Liebhaber (O. Schmidt) und v. Opels Bogarwo (Korb).

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestatte

Steuerhinterziehung!

Keine Gehaltszahlung am 24. Juni!

w. Berlin, 18. Juni.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Bestimmungen über die Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn treten am 25. Juni in Kraft. Arbeitgeber, die Gehälter oder Löhne, welche nach dem 25. Juni fällig werden, vor diesem Tage auszahlen, machen sich wegen Steuerhinterziehung strafbar.

Zur Vertrustung der deutschen Großschiffahrt

Ueber diese Frage wurde bei der außerordentlichen Generalversammlung der „Hansa"-Dampfschiffahrts-A.-G. in Bremen Auskunft gegeben. Zur Beratung stand der Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals um 35 auf 60 Millionen Mark. Das Bezugsrecht der Aktionäre soll ausgeschlossen sein. Den alten Aktionären sollen 25 Millionen Mark zum Bezuge angeboten werden, so daß auf je eine alte Aktie eine neue entfällt. Die übrigen 10 Millionen Mark neuen Aktien werden von einer Interessengemeinschaft der Bremischen Reedereien übernommen. Auf eine Frage, ob die Verwaltung sich über die Gerüchte wegen Vertrustung der bremischen Reedereien äußern könne, bemerkte der Vorsitzende, daß die an die Oeffentlichkeit gelangten Mitteilungen verschiedentlich irrtümlich seien. Man beabsichtige, eine Interessengemeinschaft zu gründen, um sich gegen eine Ueberfremdung zu schützen. Es handle sich nur um ein Gesellschaftsverhältnis, bei dem man sich über gewisse Punkte geeinigt habe. Im übrigen sei es ganz klar, daß die Gesellschaft großer Mittel bedürfe, um die großen Kosten bestreiten zu können, mit denen bei Dampferbauten zu rechnen sei. Die jetzt auszugebenden neuen Aktien sollen vom 1. Januar d. J. ab am Gewinn teilnehmen. Der Antrag wurde darauf einstimmig genehmigt, ebenso der weitere Antrag, wonach die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder auf 5—9 festgesetzt wird, die alle die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen und im Deutschen Reiche wohnen müssen; mindestens 5 von ihnen müssen in Bremen wohnhaft sein. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Herr Generalkonsul Friedrich Hincke von der Deutschen Nationalbank. Ueber die Geschäftsaussichten berichtete der Vorstand, daß die Verwaltung natürlich mehr als ein Eisen im Feuer habe, um den Betrieb ihrer alten Linien wiederaufbauen zu können, doch seien die Bestrebungen noch nicht soweit gediehen, um darüber Mitteilungen machen zu können.

Handel, Industrie, Handwerk

In das hiesige Handelsregister Abt. B ist unter Nr. 420 die Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma „Franz Hagedorn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung" mit dem Sitz in Halle a. S. eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Mai/10. Juni 1920 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Uebernahme und der Fortbetrieb des bisher von dem Kaufmann Franz Hagedorn in Halle a. S. unter der Firma „Franz Hagedorn" betriebenen Großhandelsgeschäfts in Landesprodukten, Nahrungs- und Genußmitteln und der unter der gleichen Firma betriebenen Warenagenturen. — Weiter wurde eingetragen unter Abt. B Nr. 438 die Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma „Mitteldeutsche Lakritzfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung" mit dem Sitz in Halle. Gegenstand des Unternehmens ist die Bearbeitung von Drogen und Landesprodukten aller Art. Das Stammkapital beträgt 100 000 Mark. Geschäftsführer sind der Kaufmann Carl Caesar in Scopau, der Kaufmann Rudolf Caesar in Scopau und der Kaufmann Adolf Lilie in Halle a. S. — Ferner unter Abt. B zu Nr. 70 ist bei der Firma „Evangelisches Allianzhaus Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Halle eingetragen: Durch Beschluß vom 14. April 1920 ist die Firma der Gesellschaft in „Evangelisches Allianzhaus Gesellschaft mit beschränkter Haftung Bad Blankenburg (Thüringer Wald)" geändert. — Unter Abt. A Nr. 2540 ist bei der Firma Dampfbrot-Fabrik Inh. Fritz Klöpzig in Halle eingetragen: Der Kaufmann Richard Ziegler in Halle ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Firma ist in „Scheffelwerke Fritz Klöpzig u. Richard Ziegler" abgeändert und unter Nr. 2953 des Handelsregisters Abt. A neu eingetragen. Die offene Handelsgesellschaft „Scheffelwerke Fritz Klöpzig und Richard Ziegler" in Halle hat am 27. Mai 1920 begonnen.

Zusammenschluß und Gründung in der Fleischwaren-Industrie. Nachdem vor wenigen Wochen die Gesamtheit der Fleischwaren-Industrie Deutschlands sich im „Verband der Deutschen Fleischwaren-Industrie E. V.", Sitz Berlin, zusammengeschlossen hat zu dem Zweck, die Fleischwaren-Industrie im Wirtschaftsleben unseres Volkes einheitlich zu vertreten, wurde am 12. d. M. in Berlin unter großer Beteiligung führender Fabrikanten eine Gesellschaft unter der Firma „Fleischwaren-Industrie-A.-G. (Fliag)" gegründet, die die Aufgabe hat, die Fleischwaren-Industrie mit Rohmaterial zu versorgen und die in dieser Richtung liegenden Handelsgeschäfte einheitlich als Vertreterin der deutschen Fleischwaren-Industrie durchzuführen. Die A.-G. ist zunächst mit nur 800 000 Mark gegründet, um schnell geschäftsfähig zu sein. Die Mitwirkung eines Konzerns der Großbanken ist gesichert. Die Organisation der Fleischwaren-Industrie ist bestrebt, in engster Fühlungnahme mit den Reichs- und Landesbehörden zu arbeiten.

Vorläufige Unterbrechung der Kali-Verhandlungen mit Amerika. Die Kaliverhandlungen mit Amerika sind wegen der unsicheren politischen Verhältnisse vorübergehend unterbrochen worden, sollen aber in Kürze wieder aufgenommen werden.

Deutsche Weinbau-Statistik. Die statistischen Landesämter der weinbautreibenden Bundesstaaten sind übereingekommen, von jetzt ab als Ergänzung der bereits bestehenden Statistik der Weinmosternte zu Beginn der Monate Juni bis Oktober Nachrichten über den Stand der Reben in Form von Noten (1—5) und textlichen Erläuterungen zu sammeln, die vom Statistischen Reichsamt zusammengestellt und im „Reichsanzeiger" veröffentlicht werden sollen. Im September und Oktober sollen diese Noten neben dem allgemeinen Stand der Reben, auch die zu erwartende Güte des Weines begutachtet werden. Für Anfang Juni stellt sich die Note für das Deutsche Reich auf 1,[illegible]

Die Notlage der Pirmasenser Schuhindustrie. Die Verhandlungen, die dieser Tage in Pirmasens mit Vertretern der Reichsregierung unter Mitwirkung der bayerischen Regierung stattfanden, haben gezeigt, daß eine Wiederaufnahme der Produktion, die im dringenden Interesse nicht bloß der Pirmasenser Arbeiterschaft, sondern auch des inländischen Bedarfs an Gebrauchsschuhwerk liegt, nur denkbar ist, wenn zuvor die Lager wenigstens geräumt sind. Die Pirmasenser Industrie ist bereit, bei dem Verkauf der Lagerware schwere Opfer zu bringen und den Betrieb sofort nach Eingang des Gegenwertes weiterzuführen. Unter beiden Voraussetzungen hat das Reich grundsätzlich seine Hilfe dahin zugesichert, daß die Reichsschuhversorgung G. m. H. aus den Pirmasenser Beständen Waren durch Ankauf entnimmt, um dadurch der Industrie neue Betriebsmittel zuzuführen. Es steht wohl zu hoffen, daß auch über die Einzelheiten, insbesondere die Uebernahmepreise, eine Einigung erzielt wird.

Ein neuer Preissturz für Jute ist in London eingetreten. Der Preis hat sich um zwei Pfd. Sterl., von 57 auf 55 Pfd. Sterl. ermäßigt.

*

Deutsche Spar-Prämienanleihe von 1919. Die zweite Gewinnverlosung findet Donnerstag, den 1. Juli d. J., vorm. 8 Uhr vormittags an öffentlich im zweiten Saal des Vereinshauses in Berlin, Oranienstraße 106, statt. An die Gewinnverlosung schließt sich die 1. Tilgungsauslosung an.

Aktiengesellschaften

✱ **Dresdner Bank.** In der Sitzung des Aufsichtsrats der Dresdner Bank wurde die Bilanz für 1919 vorgelegt. Der Rohgewinn beträgt einschließlich 388 778,10 Mk. Vortrag aus dem Vorjahre 136 007 231,70 Mk. (im Vorjahre 74 143 606,15 Mk.). Nach Abzug von 72 439 623 Mk. (im Vorjahre 34 420 834,20 Mk.) Handlungsunkosten und 12 909 569,30 Mark (im Vorjahre 5 519 892,75 Mk.) Steuern verbleibt ein Reingewinn von 50 658 039,40 Mark (im Vorjahre 34 202 879,20 Mark). Der Gesamtumsatz stellte sich auf 399 809 415 001,80 Mk. gegen 192 689 191 665,90 Mk. in 1918. Der Generalversammlung soll vorgeschlagen werden: 3 000 000 Mk. auf Bankgebäude, 2 218 501,90 Mk. auf Mobilien-Konto abzuschreiben, 3 158 540,[illegible] Mark dem Pensionsfonds zuzuführen, der dadurch auf die Höhe von 10 000 000 Mk. gebracht wird, 500 000 Mk. für die Talonsteuer zurückzustellen und eine Dividende von 9 Prozent zur Verteilung zu bringen. Nach Abzug der statuten- und vertragsmäßigen Gewinnanteile sowie der Gratifikationen an die Beamten verbleiben alsdann 3 738 108,10 Mk. zum Vortrag auf neue Rechnung.

Die Kaliprüfungsstelle hat in ihrer Sitzung vom 11. Juni 1920 folgenden Kaliwerken Beteiligungsziffern gewährt: Vom 1. November 1919 ab der Gewerkschaft Herfa eine endgültige Beteiligungsziffer in Höhe von 100 Prozent der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke. — Vom 1. Januar 1920 ab der Gewerkschaft Craja für ihr Kaliwerk Craja II eine vorläufige Beteiligungsziffer in Höhe von 30 Prozent der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke. — Vom 1. März 1920 ab der Gewerkschaft Ransbach eine endgültige Beteiligungsziffer in Höhe von 92 Prozent der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke. — Vom 1. Mai 1920 ab für das Kaliwerk Hindenburg (Bergbaugesellschaft Germania) die Beteiligungsziffer gemäß § 83 Abs. 3 der Durchführungsvorschriften zum Kaliwirtschaftsgesetz in der bisherigen Höhe neu festgesetzt. — Vom 1. Mai 1920 ab die Beteiligungsziffer des Kaliwerks Hansa-Silberberg I gemäß § 83 Abs. 3 der Durchführungsvorschriften zum Kaliwirtschaftsgesetz auf 10 Prozent der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Kaliwerke neu festgesetzt. Der Zuschlag von 10 Prozent für Schacht I kommt vom 1. Mai 1920 ab in Fortfall. — Vom 1. Juni 1920 ab der Gewerkschaft Hansa-Silberberg für ihr Kaliwerk Hansa-Silberberg II eine vorläufige Beteiligungsziffer in Höhe von 31 Prozent der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg, Gräfenhainichen. An- und Verkauf von Wertpapieren. Einlösung von Zinsscheinen. Verzinsung von Geldeinlagen. Conto-Corrent- und Wechsel-Verkehr etc.

Stellen-Angebote

Suche sofort einen
jungen Eleven
zur Erlernung der Landwirtschaft,
der alle Arbeiten mitmachen muß, ohne gegenseitige Vergütung bei Familienanschluß.
Gutsbesitzer E. Weber, Nelden. Kreis Torgau.

Vertreter gesucht für Seife. Schließfach 363 Chemnitz.

Hausierer für das Land für hochlohnenden Buchvertrieb sucht bei über 100 Mk. Tagesverdienst Verlagshaus Hermann Hock, Könitz i. Thür.

Gebildetes junges **Mädchen** für kleinen Beamtenhaushalt auf dem Lande ohne gegenseitige Vergütung für sofort gesucht. Familienanschluß. Aufwartefrau wird gehalten. Angebote unter Z. 2975 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Stellen-Gesuche

Suche für meinen Sohn, welcher bereits ein Jahr gelernt hat, zum 15. Juli **Stellung als Landwirtschafts-Eleve.** Rud. Welbezahl, Halle, Leipzigerstr. 66.

Verkäufe

Verkaufe aus Privathand **Fuchswallach,** 1,68 hoch, 9jähr., sicher im Geschirr. Näheres durch Eisenhut, Halle, Merseburger Straße 96.

In der Nähe von Berlin (85 km) werden **Rentengüter** in Größe von 4 bis 80 Morgen mit besonders gutem Wiesenverhältnis ausgelegt. Meldungen unter Angabe der Familien- und Vermögensverhältnisse werden bereits jetzt entgegengenommen u. Auskünfte unter Z. 2979 durch die Geschäftsstelle dieser Zeitung erteilt.

Kaufgesuche

Konzert-Zither (Schlagzither), gut erhalt., zu kaufen gesucht. Gefl. Angeb. an Carl Elsner, Yorckstraße 75 a.

Heirat

Heiratsgesuch. Pensionierter mittl. Beamter, Ende 30, ev., 20 000 M. Vermögen u. Pension. Einheiratung angenehm. Off. mit Bild unt. Z. 2978 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Miet-Gesuche

Zwangsvermietung. Junges Ehepaar sucht **möbl. oder unmöbl. Wohnungsanteil** mit Küchenbenutzung. Offerten unt. Z. 2973 an die Geschäftsstelle der Halleschen Zeitung.

Arzt der Klinik, jung verheir., kinderlos, sucht sofort oder in absehbarer Zeit eine **3 unmöblierte Zimmerwohnung** mit Kochgelegenheit oder auch **gut möblierte Wohnung** in der Nähe der Kliniken bevorzugt. Gefl. Zuschriften an den Pförtner der Chirurg. Klinik.

Beamter sucht **möbliertes Zimmer.** Thierbach, Wielandstr. 11 II.

Möbl. Zimmer Nähe Hauptbahnhof sucht für sofort Alfred Amberg. Delitzscherstraße 91.

Verloren

Brauner Jagdhund entlaufen. Rittergut Wörmlitz bei Halle a. S.

Verschiedenes

Gutes dauerhaftes Gummiband f. Strumpfb. kauft man b. Schneefacht, Gr. Steinstr. 84

Die Erd- und Maurerarbeiten und die Zimmer- und Stakerarbeiten zur Errichtung von zwei Zweifamilienwohnhäusern auf Bahnhof Oberröblingen am See (rd. 300 cbm Mauerwerk u. rd. 30 cbm Bauholz) sollen getrennt öffentlich verdungen werden. Die Verdingungsunterlagen können im Büro des unterzeichneten Betriebsamtes Halle S., Delitzscher-Straße 92, werktäglich von 7 bis 2 Uhr eingesehen, oder, soweit der Vorrat reicht, geg. porto- und bestellgeldfreie Bareinsendung von 14,40 Mk. (Verd.-Unterlagen für Erd- u. Maurerarbeiten) und von 13,20 Mk. (Verd.-Unterlagen für Zimmer- und Stakerarbeiten) bezogen werden. Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Erd- u. Maurerarbeiten Wohnhäuser Oberröblingen" bezw. „Zimmer- u. Stakerarbeiten Wohnhäuser Oberröblingen" bis zum Eröffnungstermin, dem 5. Juli 1920, vorm. 11 Uhr nach hier einzusenden. Zuschlagsfrist: 2 Wochen. Halle S., d. 14. Juni 1920. Eisenbahn-Betriebsamt 1

Ausschreibung.

Die Ausführung der Malerarbeiten im städtischen Lyzeum, Klosterschule und [illegible]schule soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis Freitag, den 25. Juni d. J., vormittags 10 Uhr an das Magistratsbüro Hochbau — Zimmer Nr. 106 des Sparkassengebäudes Rathausstraße 6 II, einzureichen. Die Verdingungsunterlagen liegen von 10—1 Uhr vormittags im Zimmer Nr. 105 des Hochbauamts, Rathausstr. zur Einsicht aus, woselbst auch die Verdingungsanschläge, soweit vorrätig, entnommen werden können. Zuschlagsfrist 14 Tage.
Halle (Saale), den 16. Juni 1920.
Städtisches Hochbauamt.

Revision der Quittungskarten

Montag, den 21. Juni 1920: Albert Sch[illegible], Jakob-, Lerchenfeld- und Zwingerstraße;
Dienstag, den 22. Juni 1920: Bertram[illegible], Langestraße;
Mittwoch, den 23. Juni 1920: Franke[illegible];
Donnerstag, den 24. Juni 1920: Gom[illegible]gasse, Mauerstraße, Mittelwache, Taubenstraße;
Freitag, den 25. Juni 1920: Schwe[illegible]straße;
Montag, den 28. bis Mittwoch, den 30. Juni 1920: Steinweg.
Die Quittungskarten, Aufrechnungsbescheinigungen, Dienst- und Arbeitsbücher, Lohn[illegible] sowie Krankenkassenausweise sind bereitzu[illegible].
Halle a. S., den 16. Juni 1920.
Der Kontrollbeamte der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.
John. Landesversicherungs-Inspektor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006182-12/fragment/page=0006